

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Eric Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin S B 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Copabienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 17. Juli 1930

Was wird werden?

Vor der Entscheidung im Reichstag

Int. Institut
Soz. Geschichts
Amsterdam

SPD. Die sozialdemokratischen Anträge auf Aufhebung der Steuerverordnungen der Reichsregierung und das sozialdemokratische Misstrauensvotum gegen das Kabinett stehen als erster Punkt auf der Tagesordnung der Freitagsitzung des Reichstags. Vorerst aber ist das Ergebnis der Beratung dieser Anträge noch völlig ungewiss und wahrscheinlich bleibt es ungewiss bis zu dem Augenblick der mit Spannung erwarteten Abstimmung. Die sozialdemokratischen Abgeordneten sind fast vollzählig zur Stelle. Stimmen die Deutschnationalen für die Aufhebungsanträge und tun auch die übrigen Oppositionsparteien ihre Pflicht, dann ist das Schicksal der Verordnungen des Kabinetts Brüning besiegelt und die Bahn für einen Appell an das Volk frei.

Die Sozialdemokratie hat sofort nach dem Erlass der Steuerverordnungen den von ihr angekündigten Gegenstoss geführt. Es ging Schlag auf Schlag, sodass der Präsident des Reichstags dem Reichstag schon zu Beginn der Donnerstagsitzung von den Anträgen der Sozialdemokratie Kenntnis geben konnte. Besser konnte die Entschlossenheit der Sozialdemokratie zur Abwehr kaum demonstriert werden. Sie wird um die Aufhebung der Steuerverordnungen bis zum letzten kämpfen und am Freitag nochmals die Gelegenheit zu einer Abrechnung mit der Politik der Regierung Brüning benutzen. In letzter Minute noch hat diese Regierung einen schmachvollen Unfall vollzogen. Ursprünglich stand sie im Begriff, lediglich ihre eigenen Deckungsvorlagen durch den Artikel 48 in Kraft zu setzen. Die nachträglich eingefügte Kopfsteuer sollte preisgegeben werden. Ein Ultimatum der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei machte diese Absicht zunichte. Sie drohten, für die Aufhebung der Verordnungen stimmen zu wollen. Die Herren der Wilhelmstrasse, die sonst so gern von ihrer "zielbewussten Führung" sprechen, fielen um und gaben nach. Die Bürgerabgabe wurde verordnet, und um gleichzeitig mit den verschnapften Demokraten den Frieden wiederherzustellen, erliess man eine zweite Verordnung über die Einführung einer Gemeinde-Getränksteuer. Ob der Getränkesteuer taten die Wirtschaftspartei und die Bayerische Volkspartei verschnapft. Aber das störte Herrn Brüning weniger, weil er und mit ihm das Kabinett die Hoffnung hegten, dass der Widerstand gegen diese Steuer mit Hilfe der Sozialdemokratie überwunden werden sollte. Ihr mütete man zu, den Aufhebungsantrag nur für die allgemeinen Deckungsvorlagen und nicht für die Aufhebung der Gemeindegetränksteuer zu stellen. Diese Zumutung hat die Sozialdemokratie abgelehnt.

Die Front der Sozialdemokratie gegen die Regierung Brüning ist eindeutig und klar. Und die der Deutschnationalen? Am Donnerstag-Nachmittag hat Hugenberg an den Reichskanzler einen Brief geschrieben und um "sofortige Verhandlungen über die politische Gesamtlage" ersucht. Brüning hat diesem Ersuchen stattgegeben, er hat verhandelt. Nichts ist kennzeichnender für die Situation als diese Tatsache der Verhandlungen. Den vor wenigen Tagen stattgefundenen Verhand-

lungen mit den Sozialdemokraten wollte Brüning lediglich als "Gast" beigezogen haben. Als Hugenberg befahl, stand er sofort offiziell zur Verfügung. Was Hugenberg von ihm gefordert und er versprochen hat, wird vorerst noch als Geheimnis gehütet. Man spricht davon, dass Hugenberg ausser einer Änderung der Verhältnisse in Preussen auch die Vertagung der Abstimmung über die Aufhebungsanträge der Sozialdemokratie bis in den Herbst bei dem Wiederzusammentritt des Reichstags gewünscht hat. Aus Angst vor Neuwahlen oder aus taktischen Gründen? Angst bestimmt die Haltung der deutschnationalen Reichstagsfraktion, seit Hugenberg sie führt. Je grösser ihre Angst vor dem Urteil des Volkes, desto grösser ihr Bluffspiel nach aussen. Brüning hat dieses Spiel unterstützt indem er sich mit Hugenberg an den Verhandlungstisch setzte. Die Unterstützung von rechts ist ihm lieber als die von links. Sie ist ihm wahrscheinlich auch jetzt wieder eine Messe wert.

Der Verlauf des Freitag wird zeigen, ob sich die Deutschnationalen verkauft haben oder Herr Brüning sich verkauft hat.

SPD. London, 17. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Antwort der englischen Regierung auf das Memorandum Briands ist am Donnerstag in Paris überreicht worden.

Die englische Regierung erklärt zunächst, die Vorschläge Briands seien so wichtig, dass sie einer sorgfältigen und langen Überlegung würdig wären. Pflichtgemäss müsse dies jedoch in Übereinstimmung mit den Regierungen des gesamten britischen Reiches geschehen. Deshalb könne die Antwort nur eine vorläufige sein. Wenn das Memorandum den fundamentalen Zweck verfolge, die Völker von den vergangenen Feindseligkeiten hinweg und zu den wichtigeren gemeinsamen Friedensarbeiten hinzuführen, so besitze dieser Vorschlag der französischen Regierung die vollste Sympathie Englands. Der Friede sei das Axiom der englischen Regierung und alles was ihn fördere, werde ihre wärmste und grösste Unterstützung haben. Die englische Regierung hoffe, dass das Memorandum Frankreichs das gegenseitige Verstehen der europäischen Völker fördern und die Hindernisse vermindern möge, die heute noch im internationalen Warenaustausch und in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Völker bestehen. Mit der französischen Regierung sei auch die englische der Ansicht, dass in Hinsicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse innerhalb der einzelnen Länder eine engere Zusammenarbeit Europas notwendig sei. Ökonomische Fragen sollten in Zukunft nicht mehr als egoistische Einzelfragen eines jeden Landes betrachtet werden, sondern nur im weiten Blick auf das allgemeine Wohl Europas. Fortschritte in dieser Richtung seien jedoch nur zu erzielen, wenn die Regierungen und die öffentliche Meinung der Länder zur Überzeugung von der Notwendigkeit grösserer internationaler Solidarität gebracht würden. Vieles könne hierzu von den politischen Autoritäten getah werden. Von dem Vorschlag Briands, zu diesem Zwecke neue internationale Institutionen zu errichten, verspreche sich jedoch die englische Regierung nichts. Derartige neue Einrichtungen seien weder notwendig noch wünschenswert. Eine neue europäische Konferenz und ein neues europäisches Sekretariat zu errichten, wie es Briand vorschlage, werde nur Verwirrung im Hinblick auf den Völkerbund anrichten und vielleicht Rivalitäten erzeugen, die die Autorität des Völkerbundes und seiner Organe gefährden und herabmindern können. Davon abgesehen sei die englische Regierung der Ansicht, dass eine europäische Union, wie sie vorgeschlagen werde, interkontinentale Rivalitäten und Feindschaften hervorrufen könne. Eine engere Zusammenarbeit Europas dürfe keine Gegenstimmung und Angst für andere Kontinente erzeugen.

Abschliessend heisst es in der Note der englischen Regierung, dass alle diese Fragen nur in einer offenen Diskussion zwischen den verschiedenen Regierungen zufriedenstellend erledigt werden könnten, und auch nur dann, wenn jeder Regierung genügend Zeit gelassen werde, die Vorschläge und ihre Ausblicke ausreichend zu prüfen.

SPD. Helsingfors, 17. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Führer der Lappo-Bewegung haben am Dienstag einen Aufruf veröffentlicht, in dem gegen die Haltung der Minderheit bei der Abstimmung über das Schutzgebiet scharf Stellung genommen wird. Die Lappo-Bewegung werde alles daran setzen, dass in dem neuen Reichstag nur Vertreter einziehen, die alle landesverräterischen Absichten zunichte machen. Sie werde auch verhindern, dass etwaiges Parteiinteresse bei den Neuwahlen in den Vordergrund gestellt werde.

Der Aufruf stellt nichts anderes dar als die offizielle Ankündigung des Wahlterrors der Lappo-Bewegung gegen die Sozialdemokratie.

SPD. Die deutsche Antwort auf das Memorandum Briands, die in Anbetracht der letzten innerpolitischen Sensationen, in der öffentlichen Meinung Deutschlands bisher weniger Aufmerksamkeit erregt hat als im Ausland, entspricht alles in allem genommen den Anforderungen, die die Befürworter einer kontinuierlichen Aussenpolitik der Verständigung an sie stellen mussten.

Die in der Note zum Ausdruck gebrachte Bereitwilligkeit zur weiteren Aussprache über das Thema einer neuen europäischen Bundesordnung stellt keine blasse rhetorische Wendung dar wie die gleiche Versicherung in der italienischen Antwort. Deutschland erhebt keine grundsätzlichen Einwendungen wie Mussolini und fordert die vorherige Revision der Verträge keineswegs als Voraussetzung. Wohl wird in der Note betont, dass der unbefriedigende politische Zustand Europas die Hauptursache der gegenwärtigen Nöte unseres Kontinents ist und von der Notwendigkeit gesprochen, "im Geiste der Verständigung eine mutige Reform der einmal als unhaltbar erkannten Verhältnisse ins Auge zu fassen". Dieser wichtige Satz ist eine Anspielung auf den Artikel 19 der Völkerbundssatzung, der ebenfalls, fast mit den gleichen Worten, den Weg für eine etwaige Revision der Verträge weist. Darüber hinaus aber hat es das Auswärtige Amt vermieden, sich von Mussolini als Sturmbock gegen die Friedensverträge gebrauchen zu lassen und es hat recht daran getan. Das günstige Echo, das die kluge Formulierung über die "Revision der Verträge" selbst in der französischen Presse gefunden hat, bedeutet einen nicht zu unterschätzenden Erfolg der deutschen Aussenpolitik.

Im übrigen stimmt Deutschland der von Briand vorgeschlagenen Reihenfolge zu: Erst politische Bereinigung, dann wirtschaftliche Zusammenarbeit. Im Interesse baldiger praktischer Ergebnisse auf dem Gebiete der europäischen Zusammenarbeit hätten wir eine umgekehrte Reihenfolge vorgezogen, zumal der Verdacht entstehen konnte, dass es Frankreich vor allem darum zu tun sei, neue "Sicherheiten" zu erlangen, was auf die Befestigung des gegenwärtigen Status quo und auch der militärischen Vorherrschaft Frankreichs und seiner östlichen Bundesgenossen hinauslaufen würde. Aber wiederum kann man es der Reichsregierung nicht verdenken, dass sie eine Aussprache über die "Sicherheit", d.h. insbesondere über die Abrüstung, und über die nationalen Minderheiten nicht scheut, sondern wünscht. Freilich betont die deutsche Note, dass auch auf wirtschaftlichem Gebiete schon jetzt und unabhängig von der "Sicherheit" sich praktische Zusammenarbeit erreichen liesse. Indessen ist dieser Teil der Antwort der schwächste und unbefriedigendste. Denn die Unterstreichung der unentbehrlichen Rolle, die den privatwirtschaftlichen Kräften zufalle, zeigt deutlich den Einfluss der volksparteilichen und wirtschaftsparteilichen Kreise in der jetzigen Bürgerblockkoalition. Die Angst vor interstaatlichen Abmachungen, durch die das "freie Spiel der Kräfte" gehemmt werden könnte, ist nichts anderes als die Sorge vor einer Behinderung der Preis- und Absatzdiktatur der internationalen Kartelle.

Begrüßenswert ist, dass das deutsche Dokument die Hinzuziehung der Nichtvölkerbundsstaaten Europas - Sowjetunion und Türkei - befürwortet und

sie vor jeder Spitze gegen andere Kontinente (Amerika) oder gegen Länder mit aussereuropäischen Bindungen (Grossbritannien) warnt. Freilich wird eine spätere wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas praktisch kaum vermeiden können dass sie sich als Abwehr der neuen amerikanischen Hochschutzzollbestrebungen auswirkt. Über diesen Punkt ist die deutsche Antwort sehr wortkarg. Von einer Regierung, die selbst unter grossagrarischem Einfluss dauernd hochschutzzöllnerisch sündigt, war von vornherein kaum etwas anderes zu erwarten.

Deutschland spricht sich zum Schluss seiner Note gegen die Schaffung neuer besonderer Organismen aus, die eine Art europäisches Völkerbundssekretariat bilden sollten, weil die Befürchtung nahe liegt, dass ähnliche Gebilde unter den Völkerbundsstaaten anderer Kontinente entstehen könnten, was zu einer Zersplitterung und Schädigung der bisherigen Völkerbundsarbeit führen würde. Die Begründung lässt sich hören. Über diese reine Zweckmässigkeitsfrage wird man sich im September in Genf sachlich aussprechen.

Alles in allem hat die deutsche Antwort alle Türen offen gelassen, die Mussolini zuschlagen wollte. Das ist ihr Hauptverdienst und die recht gute Aufnahme, die sie im Ausland gefunden hat, ist der beste Beweis dafür, dass die wohlverstandenen deutschen Interessen mit dem europäischen Gesamtinteresse durchaus im Einklang stehen, wenn man sie vorsichtig und geschickt vertritt.

SPD. Sofia, 17. Juli (Eig. Drahtb.)

In der Antwort der bulgarischen Regierung auf das Europa-Memorandum Briands wird die Bereitwilligkeit Bulgariens zur Mitarbeit ausgesprochen und mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass die erste Aufgabe der europäischen Föderation die allgemeine Abrüstung sein müsse. Die Föderation müsse auch Staaten umfassen, wie Russland und die Türkei, die nicht im Völkerbund vertreten seien.

SPD. New York, 17. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Verkündung der Steuervorlagen der Reichsregierung auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung wird von der amerikanischen Presse ausserordentlich stark besprochen. Die führenden Blätter veröffentlichen umfangreiche Berichte ihrer Berliner Korrespondenten, in denen darauf verwiesen wird, dass die politische Lage in Deutschland äusserst gespannt sei. Starkes Interesse erregt auch die Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Breitscheid vor der Abstimmung über den § 2 der Deckungsvorlagen. Übereinstimmend geben die Blätter der Auffassung Ausdruck, dass es ein Ding der Unmöglichkeit sei, in Deutschland lange ohne den Reichstag oder unter Ausschaltung des Parlaments zu regieren.

SPD. Der Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion auf Aufhebung der von der Reichsregierung erlassenen Steuer-Notverordnungen lautet: "Der Reichstag verlangt gemäss Art. 48 Abs. III der Reichsverfassung, die Verordnung des Reichspräsidenten vom 16. Juli 1930 über Deckungsmassnahmen für den Reichshaushalt 1930 und die Verordnung des Reichspräsidenten vom 16. Juli 1930 über die Zulassung einer Gemeindegetränksteuer ausser Kraft zu setzen."

Der Misstrauensantrag lautet: "Die Reichsregierung Dr. Brüning besitzt nicht das Vertrauen des Reichstags."

SPD. Köln, 17. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Stahlhelm teilt mit, dass im Bereich der aufgelösten Landesverbände Industriegebiet und Rheinland ein Landesverband Westmark gegründet werden soll. Dieser Landesverband soll in acht Gaue eingeteilt werden.

SPD. Paris, 17. Juli (Eig. Drahtb.)

Auf die Europarundfrage Briands sind in den letzten 24 Stunden bis auf die englische Note alle noch fehlenden Antworten der befragten Regierungen eingegangen. Die englische Antwort dürfte spätestens am Freitag übergeben werden.

Die letzte der am Donnerstag bekantgewordenen Noten ist die der belgischen Regierung, die sich keineswegs restlos mit den Vorschlägen Briands einverstanden erklärt. Vor allen Dingen wendet sich Belgien gegen die von Briand gewollte stärkere Betonung der politischen Ziele im neuen Europabund. Es sei mindestens ebenso notwendig, erklärt Belgien, parallel zur politischen Annäherung die wirtschaftliche Rationalisierung anzugreifen. Die wirtschaftliche Einigung entspreche nicht nur idealen Zielen, sondern praktischen Notwendigkeiten. Die Erfahrung der letzten Jahre habe gezeigt, dass die wirtschaftliche Produktion eine immer breitere Grundlage brauche. Weiter wendet sich Belgien gegen eine allzu bürokratische Ausgestaltung des künftigen Europabundes. Das Völkerbundssekretariat sei durchaus in der Lage, die nötigen Büro- und sonstigen Arbeiten für den Europäischen Bund mit zu erledigen.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: "Der Reichspräsident empfing am Donnerstag den Reichskanzler und den preussischen Ministerpräsidenten Braun zu einer längeren Aussprache, deren Ergebnis die völlige Beseitigung der durch das Stahlhelmyerbot in Rheinland und Westfalen und die Absage des Reichspräsidenten entstandenen Schwierigkeiten waren. Der Reichspräsident hat demgemäß die Absage seiner Reise in die Rheinprovinz zurückgezogen und die beteiligten Städte und Behörden hiervon telegraphisch verständigt.

Reichspräsident, Reichskanzler und preussischer Ministerpräsident bringen den gemeinsamen Wunsch zum Ausdruck, dass nunmehr die Feiern im befreiten Gebiet unter allseitiger Beteiligung aller Kreise der Bevölkerung stattfinden und einen harmonischen Verlauf nehmen mögen."

SPD. Reval, 17. Juli (Eig. Bericht)

Die Erfolge der Lappo-Bewegung in Finnland hat einen Teil der estnischen Bauern zur Nachahmung der Lappo-Methoden gereizt. Nicht um die estnischen Kommunisten auszurotten, sondern um in erster Linie eigene Vorteile zu ergattern. Man will schon in allernächster Zeit einen Bauernmarsch auf Reval inszenieren und der Regierung zahlreiche politische und wirtschaftliche Forderungen überreichen. So werden geeignete Gesetzmassnahmen zur "Behebung der Not der Landwirtschaft", langfristige Anleihen und Subventionen gefordert. Die politischen Forderungen bezwecken die Schaffung eines neuen Wahlgesetzes, nach dem nur Steuerzahler stimmberechtigt sein sollen und die Schaffung des Postens eines Staatspräsidenten als Gegengewicht gegen das Parlament.

SPD. Paris, 17. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Direktor der Pariser Filiale der "City Bank of New York" und Finanzattaché der venezuelanischen Gesandtschaft, Villanueva, ist am Donnerstag nach grossen Unterschlagungen flüchtig gegangen. Nach den ersten Schätzungen soll Villanueva die Bank um zehn bis 25 Millionen Franken geschädigt haben.

Villanueva ist der Sohn des früheren venezuelanischen Gesandten in Paris. Er war eine der bekanntesten Persönlichkeiten der Pariser Gesellschaft. Das veruntreute Geld soll er im Spiel und in Spekulationen verloren haben. Seine Frau, die ebenfalls ein riesiges Vermögen besitzt, soll von den Veruntreuungen ihres Gatten nichts gewusst haben.

SPD. Dresden, 17. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Haushaltsausschuss des sächsischen Landtags nahm am Donnerstag das von der geschäftsführenden Regierung vorgelegte Arbeitsbeschaffungsprogramm und sozialdemokratische Anträge an, durch die über das Arbeitsbeschaffungsprogramm hinaus weitere Mittel zur Arbeitsbeschaffung bereitgestellt werden.

Die Nationalsozialisten nahmen an den Beratungen nicht teil. Sie verwiesen zu Beginn der Sitzung darauf, dass es eine Unmöglichkeit sei, die Vorlage zur Arbeitsbeschaffung von einer geschäftsführenden Regierung vertreten zu lassen und verliessen dann den Sitzungssaal. Infolgedessen verfügten Sozialdemokraten und Kommunisten über die Mehrheit.

SPD. Der Haushaltsausschuss des Reichstags nahm am Donnerstag mit den Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokraten und Kommunisten das von der Sozialdemokratie beantragte Pensionskürzungsgesetz nach den Beschlüssen der ersten Lesung auch in zweiter Lesung an. Im Plenum des Reichstags bedarf das Gesetz zu seiner Verabschiedung einer Zweidrittel-Mehrheit.

SPD. Paris, 17. Juli (Eig. Drahtb.)

In Dijon hat sich Ministerpräsident Tardieu kürzlich besonders über die dringende Notwendigkeit seines grossen Wirtschaftsprojektes ausgelassen, weil wie er erklärte - Frankreich im Herbst oder spätestens im Winter sicherlich auch mit Arbeitslosigkeit zu kämpfen haben werde. Inzwischen ist das grosse Milliardenprojekt ins Wasser gefallen, und deshalb sahen sich der Handelsminister Flandin und der Finanzminister Reynaud jetzt genötigt, in doppelt optimistischen Kundgebungen die düsteren Prophezeiungen ihres Chefs zu dementieren.

Handelsminister Flandin betonte am Donnerstag, dass der Beschäftigungsgrad in der französischen Industrie trotz eines merklichen Rückganges im Export sich auf voller Höhe gehalten habe, da es gelungen sei, den Exportausfall durch Erhöhung des Inlandsabsatzes wett zu machen. Nur die Luxusindustrie und die Textilindustrie seien bisher von der Weltwirtschaftskrise in Mitleidenschaft gezogen worden. In ganz Frankreich zähle man noch nicht 1 000 Arbeitslose. Dagegen beschäftige Frankreich noch immer zwei Millionen ausländische Arbeitskräfte. Finanzminister Reynaud betonte, dass sich das "Wunder der Frankenstabilisierung" auch heute noch fortsetze, dank der unermüdlichen Mitarbeit des französischen Volkes, das mehr produziere als es verbrauche. Gerade in den letzten Monaten habe Frankreich wieder grosse Anstrengungen gemacht, um die Konsolidierung und Amortisierung seiner Schulden zu fördern. So seien die drei Milliarden Franken, die Frankreich aus der Young-Anleihe erhalten habe, restlos der Amortisierungskasse zugeführt worden.

SPD. Das Preussische Landwirtschaftsministerium hat, da die alle 4 Wochen stattfindenden Erntevorschätzungen durch die schwankende Witterung schnell an Wert verlieren, für Juli eine sofortige Zwischenschätzung angeordnet. Danach haben sich die Befürchtungen für die Ernte 1930 nur zum Teil bewahrheitet.

Der Haferertrag wird im Durchschnitt auf 18,3 Doppelzentner (dz) geschätzt gegenüber 21,6 dz im Jahre 1929. Da die Erntefläche kleiner geworden ist, rechnet man mit einem Ausfall von 1 Million Tonnen. Bei Sommergerste wird ein Hektarertrag von 19,3 dz erwartet (1929 = 21,8); der Körnerertrag dürfte sich hier auf 1,248 Millionen Tonnen stellen gegenüber 1,493 Millionen Tonnen im Jahre 1929. Sommerroggen dürfte einen Hektarertrag von 13,1 dz ergeben (1929 = 13,3). Da die Anbaufläche auch hier verringert ist, ergibt der Körnerertrag nach der Vorschätzung 55 000 Tonnen gegen 59 000 Tonnen im Jahre 1929. Bei Sommerweizen soll der Hektarertrag von 22,7 dz im Jahre 1929 auf 20,5 dz zurückgehen. Da sich die Anbaufläche um 25 % erweitert hat, rechnet man mit einem Ertrag von 223 000 Tonnen (1929 = 197 330 to). Bei Winterroggen dürfte sich, wobei die nährstoffarmen Sandböden Brandenburgs, der Grenzmark und Pommerns ausgeschieden sind, der Hektarertrag von 17,2 auf 18,1 dz steigern. Die Ernte soll hier 6,3 Millionen Tonnen ausmachen, während sie im Vorjahr nur 6,054 Millionen Tonnen erbrachte. Auch beim Winterweizen hat sich die Anbaufläche erhöht und zwar um 13,2 %. Da der Hektarertrag auf 22,6 dz geschätzt wird gegenüber 21,8 dz im Vorjahr, dürfte sich die Erntemenge von 1,771 Millionen Tonnen auf 2,078 Millionen Tonnen steigern. Bei Wintergerste rechnet man mit einer Steigerung des Ertrags von 259 000 Tonnen im Jahre 1929 auf 334 363 Tonnen. Beim Hektarertrag liegt eine Steigerung von 21 dz auf 23,7 dz vor.

SPD. Wien, 17. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Liquidator der russisch-österreichischen Handelsgesellschaft Samoillow ist nach grossen Unterschlagungen flüchtig geworden.

Die Wiener Handelsvertretung der Sowjetunion hat gegen Samoillow bereits am Sonnabend Strafanzeige wegen Veruntreuung von 25 000 Dollar und etwa 11 000 Mark erstattet. Inzwischen hatte der Betrüger Wien schon verlassen. Er hat in New York und Berlin offenbar durch Mittelspersonen zahlreiche Schecks auf Dollars und Mark einlösen lassen und das Geld dann veruntreut. Samoillow gab sich immer als überzeugter Kommunist aus. Ein Steckbrief gegen ihn ist bereits erlassen.

SPD. In der Pressekonferenz der Reichsregierung ist am Donnerstag die Mitteilung des "Soz. Pressedienst", nach der Reichskanzler Brüning und Staatssekretär Pünder an der Abfassung des Stahlhelmbriefes des Reichspräsidenten beteiligt gewesen sind, als unwahr und auf freier Phantasie beruhend bezeichnet worden.

Es ist wohl selbstverständlich, dass ein nachgeordneter Beamter das Dementi nicht auf eigene Faust hat ergehen lassen und auf Weisung der Reichskanzlei gehandelt hat. Wir erheben deshalb gegen die Reichskanzlei den Vorwurf bewusster Irreführung der Öffentlichkeit. Wir halten unsere Feststellung in jeder Beziehung aufrecht und warten voller Interesse ab, ob man den Mut aufbringen wird, ihre Richtigkeit auch weiterhin zu bestreiten.

SPD. London, 17. Juli (Eig. Drahtb.)

Mit dem bevorstehenden Rücktritt des Botschafters Sthamer werden sich zugleich einige wichtige Personalveränderungen in der deutschen diplomatischen Vertretung in London vollziehen. Auch der jetzige deutsche Botschaftsrat Dieckhoff wird London verlassen. Er soll im Auswärtigen Amt in Berlin die Abteilung England und Amerika übernehmen. Als Nachfolger Dieckhoffs in London gilt der bisherige Presseattaché der deutschen Botschaft Graf Bernstorff.

SPD. Die im Reichsanzeiger vom 17. Juli veröffentlichten Steuernotverordnungen enthalten folgende Bestimmungen:

Die Reichshilfe, unter die die Beamten des Reichs, der Länder und der Gemeinden fallen, wird auf $2\frac{1}{2}$ % des Einkommens festgesetzt. Von der Reichshilfe bleiben solche Beamte befreit, deren Einkommen pro Jahr nicht höher als 2 000 Mark ist. Eine Erleichterung ist durch die sogenannten Kinderermässigungen vorgesehen. Die Behördenangestellten sind von der Reichshilfe befreit, soweit sie unter die Arbeitslosenversicherung fallen. Die Aufsichtsräte von Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Genossenschaften usw. werden zur Reichshilfe herangezogen.

Der Zuschlag zur Einkommensteuer ist auf 5 % festgesetzt. Darunter fallen Einkommen von über 8 400 Mark pro Jahr.

Bei der Ledigensteuer werden Einkommen von über 2 640 Mark pro Jahr in der Weise erfasst, dass ein Zuschlag von 10 % der bisherigen Lohn- und Einkommensteuer erhoben wird. Verdient der Steuerpflichtige weniger als 2 640 Mark im Jahre, so fällt der seit dem 1. Oktober 1928 bei der Festsetzung der Lohnsteuer eingeführte Abschlag von 25 % (mindestens 3 Mark) fort. Dieser Abschlag fällt auch bei Einkommen von über 2 640 Mark weg. Weist der steuerpflichtige Ledige nach, dass er für die Unterhaltung seiner geschiedenen Ehefrau oder eines Elternteils mehr als 10 % seines Jahreseinkommens verwendet, dann fällt er nicht unter die Ledigensteuer.

Die Kopf- und Negersteuer, in der Notverordnung Bürgerschaftsabgabe genannt, soll mindestens 6 Mark betragen. Sie kann bereits für das Rechnungsjahr 1930 eingeführt, muss aber für das Rechnungsjahr 1931 eingeführt werden. Wo Gemeinden die am 1. Juli 1930 bestehenden Realsteuern erhöht haben, sind sie zur Erhebung der Negersteuer verpflichtet.

Die Fristen für die Zahlung der Tabaksteuer werden um einen Monat verkürzt. Diese Massnahme erbringt dem Reich eine einmalige Einnahme von 48 Millionen Mark. Der Zigarettenindustrie wird dafür die Verlängerung der Kontingentierung um ein Jahr zugesichert.

Die Schankverzehrsteuer ist in einer besonderen Verordnung, der zweiten Steuernotverordnung enthalten. Sie gibt den Gemeinden das Recht, auf den Ausschank von alkoholischen Getränken, Tee, Kaffee und Schokolade, mit Ausnahme von Milch, eine Gemeindegetränksteuer zu erheben.

SPD. Alexandrien, 17. Juli (Eig. Drahtb.)

Am Donnerstag wurden hier die bei dem letzten Zusammenstoss getöteten Ägypter unter grosser Anteilnahme der Bevölkerung beigesetzt. Die Beerdigung gestaltete sich zu einer grossen Demonstration gegen das Diktatur-Regime des Königs Fuad.

• Amtlich wird bestätigt, dass im Verlauf der Zusammenstösse auch der italienische Konsul in Alexandrien sein Leben eingebüsst hat.

SPD. London, 17. Juli (Eig. Drahtb.)

Im Unterhaus kam es am Donnerstag zu stürmischen Zwischenfällen und peinlichen Szenen, wie sie das Parlament seit undenklichen Zeiten nicht mehr erlebt hat.

Das Mitglied der unabhängigen Arbeiterpartei Fenner Brockway ersuchte die Regierung am Donnerstag um Auskunft, warum sie die indische Frage im Unterhaus nicht zur Diskussion stelle. MacDonald erwiderte, er habe diese Frage bereits früher beantwortet und habe dieser Antwort nichts hinzuzufügen. Brockway gab sich jedoch mit dieser Auskunft nicht zufrieden. In einer für das englische Parlament ungewohnten und ungezogenen Art begann er in den Saal zu schreien die letzte Hoffnung auf ein Übereinkommen mit Indien sei zerstört. MacDonald wies diese Behauptung als unrichtig zurück. Jetzt griff Fenner Brockway den Präsidenten an, der es zulasse, dass die Parteien des Unterhauses einig seien in der Verhinderung einer Indiendebatte. Dadurch würde die Opposition gegen die Politik der Regierung erstickt. Ein Proteststurm im ganzen Hause war die Antwort auf Brockway's Handlungsweise. Der Präsident verbat sich den Angriff gegen seine Geschäftsführung und forderte den Redner auf, sich zu setzen. Statt dessen redete Brockway, indem er auf den Präsidenten zuging, immer weiter. Der Sturm wurde grösser und heftiger. Von allen Seiten drängten die Abgeordneten herbei und forderten den Präsidenten auf, den unbotmässigen Parlamentarier zur Ordnung zu rufen. Das geschah schliesslich. Nunmehr hatte MacDonald, dem parlamentarischen Brauch in England entsprechend die Pflicht, dem Präsidenten Genugtuung für seine verletzte Würde zu geben. Der Ministerpräsident tat es, wie es der Geschäftsordnung entspricht, indem er den Antrag stellte, Fenner Brockway von der Sitzung auszuschliessen. Das gesamte Haus mit Ausnahme einiger Freunde Brockway's stimmten dem Antrag zu. Noch ehe aber das Ergebnis der Abstimmung verkündet werden konnte, sprang John Backett, ein Parteifreund Fenner Brockways, von seinem Sitze auf, lief zum Präsidententisch, ergriff das dort liegende traditionelle Szepter, das Symbol der Autorität des Präsidenten und rannte davon. Ein Diener folgte ihm und holte das Szepter zurück. Es entstand ein unbeschreiblicher Sturm. Das Haus schrie und tobte. Backett brüllte und schrie dem Präsidenten verletzende Worte zu. Schliesslich wurden Fenner Brockway und Backett auf fünf Tage von den Sitzungen des Unterhauses ausgeschlossen.

Von den 328 anwesenden Abgeordneten erhoben sich nur vier engere Freunde der Ausgeschlossenen gegen den Antrag. Von zwei Polizeiinspektoren begleitet verliessen Fenner Brockway und Backett das Haus.

SPD. Bombay, 17. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Vizekönig hat den gemässigten indischen Führern Jayakar und Sapru erlaubt, Gandhi und die beiden Nehrus zu einer Aussprache über die politische Lage im Gefängnis aufzusuchen. Gleichzeitig erklärte der Vizekönig den Unterhändlern, die Regierung wünsche, dass für Indien die Zeit komme, in der das Land seine Verwaltung selbst übernehmen könne.

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 17. Juli (Eig. Drahtb.)

Im Laufe des Donnerstag hat die Reichsregierung ihre neuen Steuern durch den Artikel 48 in Kraft gesetzt. Die Diktatur regiert gegen das Parlament.

Es ist kennzeichnend, wie diese antiparlamentarischen Massnahmen im Reichstage aufgenommen werden. Die Deutschnationalen schweigen. Sie haben auch keinen Grund, sich aufzuregen, denn schliesslich arbeitet Brüning mit dem

Diktaturparagrafen in ihrem Sinne. Die Kommunisten schlafen. Sie brüllen in ihren Parteiblättchen nach einem politischen Massenstreik und wissen sehr genau, dass niemand dieses hysterische Schreien ernst nimmt. Die Sozialdemokratie allein hat sofort zu Beginn der Reichstagssitzung vom Donnerstag die Aufhebung der Ausnahmeverordnungen beantragt. Als Dittmann die sozialdemokratischen Anträge überreichte und der Präsident sie verlas, ging eine grosse Bewegung durch das Haus. Noch einmal greift die Sozialdemokratie das Kabinett Brüning in seinen Grundfesten an. Die Entscheidung liegt nun bei den Deutschnationalen, um deren Seelen von neuem mit allen möglichen Lockmitteln aus den Regierungsparteien gerungen wird.

Der Reichstag führte dann die zweite Beratung des Osthilfegesetzes zu Ende. Für die Sozialdemokratie sprach der ostpreussische Abgeordnete Jaecker. Er wies nach, wie verkehrt es sei, städtische Arbeitskräfte auf das Land verpflanzen zu wollen. Bestehe doch sowohl für männliche wie für weibliche Landarbeiter jetzt schon eine grosse Arbeitslosigkeit. Auf jede offene Stelle kämen drei Arbeitsuchende. Jaecker forderte, dass auf dem Lande auch Mietwohnungen für Landarbeiter errichtet würden, weil insbesondere jungverheiratete Landproletarier nicht das Geld hätten, um Eigenheime zu erwerben. Gerade der Mangel an menschenwürdigen Mietwohnungen fördere die Landflucht. Die Sozialdemokratie verlange weiter, dass aus der Osthilfe kein Unternehmer berücksichtigt werde, der nicht einen angemessenen Lohn zahle und der seine Arbeiter nicht anständig behandle. Ferner müsse die Beschäftigung von ausländischen Arbeitern in Zeiten allgemeiner Arbeitslosigkeit untersagt werden. Der Zentrumsabgeordnete Neumann bestritt, dass seine Partei den Grossgrundbesitz zerschlagen wolle. Tatsache sei aber, dass viele Grossgüter betriebsunfähig seien. Dasselbe Gebiet behandelte in dem gleichen Sinne der demokratische Abgeordnete Lemmer, während der Kommunist Putz sich insbesondere über den privaten Luxus der Grossgrundbesitzer ausliess.

Das Osthilfegesetz wurde nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen. Abgelehnt wurde der Antrag, der das Gesetz auch auf die bayerische Ostgrenze ausdehnen wollte. Es folgte die zweite Beratung des Milchgesetzes. Dieser Gesetzentwurf will die Erzeugung von Milch und den Handel auf den verschiedensten Gebieten nach gesundheitlichen Grundsätzen regeln. Weiter bietet das Gesetz Grundlagen für eine planvolle Milchwirtschaft, indem die obersten Landesbehörden die Erzeugerbetriebe, und zwar sowohl milchbearbeitende wie milchverarbeitende Betrieben zur Regelung der Verwertung und des Absatzes von Milch und Milcherzeugnissen zusammenschliessen können. Sie haben dabei für grossmögliche Wirtschaftlichkeit Sorge zu tragen und Schädigungen der Gesamtwirtschaft und des Gemeinwohls zu verhindern.

Die sozialdemokratische Abgeordnete Mathilde Wurm polemisierte gegen den § 36, der im Geiste der früheren wirkungslosen Gesetzgebung gegen die Margarine verbietet, dass Milch und Milcherzeugnisse zur Verwendung für Lebensmittel nachgemacht und in den Handel gebracht werden. Sie wies darauf hin, dass mit solchen Bestrebungen auch die Entwicklung der Margarineproduktion nicht habe aufgehalten werden können. Schon jetzt beständen 7 Fabriken mit einer täglichen Verarbeitung von 100 000 bis 120 000 Tonnen Milch für Produkte, die unter das geplante Verbot fielen. In diesen Betrieben würde insbesondere Magermilch verarbeitet, deren Verwendung jetzt schon eine Hauptsorge der grossen Molkereien sei. Die Regierungsparteien sprachen nicht. Der Kommunist

Putz behauptete, das Gesetz werde gegen die Verbraucher ausschlagen. Für das Reichsgesundheitsamt erklärte Präsident Juckenack, es sei verkehrt, Kunstprodukte herzustellen, da genug Naturmilch vorhanden sei.

Der Gesetzentwurf wurde nach den Ausschussbeschlüssen angenommen. Auf sozialdemokratischen Antrag wurde ein Paragraph 37a angenommen, der die Zuziehung von Preisausschüssen zur Festsetzung der Milchpreise vorschreibt. Der sozialdemokratische Antrag auf Streichung des § 36 wurde abgelehnt.

Es folgte die zweite Beratung des Gesetzentwurfes, der die Bewilligung von neuen Renten an Kriegsbeschädigte und an Kriegseltern unterbinden und das ganze Versorgungsverfahren verschlechtern will. Auch bei diesem hochwichtigen Gesetzgebungsakt verzichteten die Regierungsparteien auf Reden. Sie liessen den demokratischen Abgeordneten Sparrer erklären, dass dieses Abänderungsgesetz eine staatspolitische Notwendigkeit sei. Der sozialdemokratische Abgeordnete Rossmann warnte noch einmal vor der Annahme dieses Gesetzes, das verheerend wirken müsse. Es sei richtig, dass im vergangenen Jahr die Zahl der Kriegsbeschädigten von 724 000 auf 840 000 gestiegen ist. Man dürfe aber nicht vergessen, dass unmittelbar nach dem Kriege diese Zahl 1,5 Millionen betragen habe. Es sei also unzweifelhaft ein Rückgang der Kriegsbeschädigtenrenten zu verzeichnen. Werde das Gesetz angenommen, so verlören die Kriegsbeschädigten, die noch keine Rente hätten, jedes Recht, jetzt noch auftretende Krankheiten, soweit sie unzweifelhaft mit dem Kriege zusammenhingen, anzumelden. Die hohen Pensionen wolle man als wohlerworbene Rechte nicht kürzen, aber gegen die kleinen Kriegsbeschädigten- und Elternrenten ginge man vor. Der kommunistische Abgeordnete Gräf-Dresden stellte diesen Abbau der Kriegsversorgung den russischen 5 Jahres-Plan gegenüber, der die gesamte Sozialpolitik aufbaue. Die sozialdemokratische Abgeordnete Frau Ansorge nahm sich lebhaft der Elternrenten an. Schon jetzt betragen diese manchmal nicht mehr als 15 Mark im Monat. Die Kriegseltern und die Kriegsbeschädigten hätten mindestens dieselbe staatserhaltende Tätigkeit geleistet, wie die Ludendorff, Schacht und Moldenhauer und denen mache niemand die ungeheuren Pensionen streitig. Der sozialdemokratische Abgeordnete Passehl-Pommern sprach gegen die Verschlechterung des Versorgungsverfahrens. Seit 1919 seit die Mitwirkung der Kriegsoffer am Verfahren immer mehr zurückgedrängt worden.

Die Sozialdemokratie beantragte, wenigstens die Möglichkeit zu schaffen, dass neuen Meldungen auf Elternbeihilfe durch den Gnadenweg Rechnung getragen werde. Aber auch dieser Antrag wurde mit 246 bürgerlichen Stimmen gegen 190 Stimmen der Kommunisten und der Sozialdemokraten abgelehnt. Ferner beantragte die Sozialdemokratie, den Kriegsbeschädigten, die nach dem neuen Gesetz keine Rente erhalten können, wenigstens Heilbehandlung zu gewähren, wenn derjenige noch mindestens 40% beschädigt sei. Der Antrag wurde ebenfalls von der geschlossenen bürgerlichen Mehrheit niedergestimmt. Dasselbe Schicksal erlitt ein sozialdemokratischer Antrag, den Gesetzentwurf erst am 1. Oktober in Kraft treten zu lassen. Die bürgerliche Mehrheit will die sofortige Verkündung, um unmittelbar die Sperre gegen neue Kriegsbeschädigtenrenten beginnen zu lassen.

Gegen 6½ Uhr wurde die Sitzung geschlossen und auf 7 Uhr eine zweite Sitzung anberaumt, auf deren Tagesordnung zahlreiche handelspolitische Vorlagen stehen.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Vom Besitzbürgertum.

SPD. Die Frankfurter Gewerkschaften planen ein neues Gewerkschaftshaus, ein Bürohaus und ein Hotel am Ufer des Mains. Das Projekt hat für Frankfurt am Main städtebauliche Bedeutung. Es wird zum erstenmal der Versuch unternommen die Ufer des Mains stärker in den Verkehr einzubeziehen und einen Gartenrestaurationsbetrieb am Main zu schaffen. Das Projekt hat deshalb zunächst allgemeinen Beifall gefunden. Aber siehe da - bald meldeten sich die Besitzbürger aus der Nachbarschaft. Sie wollen nicht, dass ein Arbeiterhaus in ihrem vornehmen Villenviertel entsteht, sie wollen keine Arbeiter auf den Strassen ihres Wohnviertels sehen. Bereits ist es ihnen gelungen, durch eine einstweilige Verfügung des Amtsgerichts den Betrieb des Restaurationsgartens des neuen Gewerkschaftshauses am Main stillzulegen, und nun haben sie mobil gemacht, um den Bau des Bürohauses und des Hotels zu verhindern. Die Drahtzieher sind eifrig dabei die Villenbesitzer der Nachbarschaft zum Anschluss an ihre Pläne zu bewegen. Sie haben an die Anwohner Fragebogen versandt, in denen es u.a. heisst:

"Finden häufig daselbst Versammlungen statt, entsteht dabei ruhestörender Lärm, kam es dabei zu Zusammenstößen bzw. Schlägereien, musste häufig die Polizei einschreiten, ist dabei das Passieren der Strasse durch Frauen und Kinder gefährlich und warum?"

Die Herren Besitzbürger von Frankfurt a/Main wollen unter sich bleiben. Sie wollen ein Monopol auf das Viertel am Main haben und sie scheuen sich nicht für ihre Zwecke organisierte Arbeiter mit Rowdies auf eine Stufe zu stellen, die für Frauen und Kinder eine Gefahr sind. Ausserhalb Frankfurts war bisher die Meinung stark verbreitet, dass das Frankfurter Grossbürgertum liberaler und sozial einsichtiger sei als die Besitzbürger anderer Gegenden. Das Verhalten der grosskapitalistischen Villenbesitzer jedoch zeigt, dass diese Anschauung nicht gerechtfertigt ist. Eine solche provokatorische Stellungnahme gegenüber der Arbeiterschaft sucht wirklich ihresgleichen!

Antisemitismus beim Zentrum.

Die Universität Köln hat Prof. Kelsen aus Wien nach Köln berufen, der Kölner Oberbürgermeister Adenauer, ein Zentrumsmann, hat sich für die Berufung tatkraftig eingesetzt. Kelsen ist Jude, Anlass genug für Hakenkreuzler und sonstige Antisemiten, ein Gelärm über die Berufung anzustimmen. Sie haben dabei Sukkurs erhalten die beiden Zentrumsblätter in Köln stimmen in trauer Übereinstimmung mit ihnen ein Zetergeschrei über die Verjudung der Kölner Universität an. Gleichlautend heisst es im Kölner Lokalanzeiger und in der "Kölnischen Zeitung":

"Ist dem Oberbürgermeister nicht bekannt, dass die Universität Köln bereits mit Dozenten jüdischen Bekenntnisses überbesetzt ist? Seit einem Jahr berät die philosophische Fakultät einen Berufungsvorschlag für die Besetzung des Ordinariats für Musikwissenschaft. Die Vorschlagsliste, welche jetzt vorliegt, soll an erster Stelle einen Protestant, an zweiter einen bewusst aus der katholischen Kirche Ausgeschiedenen und an dritter einen jüdischen Musikkritiker als Kandidaten haben. Wenn dies stimmt, so müssen wir doch vor aller Öffentlichkeit hiergegen allerschärfste Verwahrung einlegen."

Hier ist katholische Engstirnigkeit in ganz waschechten Antisemitismus umgeschlagen. Ob einer ein guter Jurist oder ein guter Musiker ist, ist ihnen

gleichgültig. Hauptsache, dass er katholisch ist. Ob die Herrschaften, die einen so primitiven Konfessionalismus und Antisemitismus vertreten, sich bei einer schwierigen Operation lieber einem katholischen Pfuscher als einer jüdischen Kapazität anvertrauen würden ?

Ihre Wege.

Genau vor acht Jahren haben die Rathenau-Mörder Fischer und Kern auf Burg Saaleck Selbstmord verübt. Was ist das Schicksal und der Weg ihrer Komplizen? Der eine, von Salomon, veröffentlicht seine Memoiren in einem demokratischen Blatte und man sagt, er habe sich von seinen früheren Anschauungen zur Demokratie gewandelt. Der andere Hans Gerd Techow ist Herausgeber einer bündischen Wochenschrift für die deutsche Jugend, und seine Anschauungen von heute unterrichten die folgenden Programmsätze aus dieser Wochenschrift:

"Wir bekennen uns zum Sozialismus, der nach Brechung der kapitalistischen Ordnung Volk und Nation in organischer Wirtschaftsgliederung bindet. Die Verwirklichung unserer Ziele ist der grossdeutsche Volksrätestaat.

Es gibt für uns kein Vaterland mehr, das Deutschland heisst, in dem das Besitzbürgertum herrscht. Deutschland, das ist heute nichts weiter als der Begriff des Profits und des Wohlstandes für die kapitalistische Bourgeoisie. Für uns heisst dieses Deutschland heute Unterdrückung, Ausplünderung und Abschaffung jeglicher Menschenwürde. Wir erkennen dieses Ausplünderungsinstitut nicht mehr als Vaterland an. Tritt gefasst unter den Fahnen der sozialistischen Revolution. Sprung auf marsch, marsch! Und sei es in den Tod! Denn unsere Fahne ist rot!"

Seltsame Wege, seltsame Wandlung der Anschauungen - ein Symptom dafür, wie haltlos und verworren ohne feste geistige Orientierung die bürgerliche Jugend der Nachkriegszeit ist!

Aus einer versunkenen Welt.

Wir lesen in dem in München erscheinenden "Bayerischen Courier" die folgende Traueranzeige :

"Samstag früh wurde Herr Canzley-Director H.G. vom Herrn über Leben und Tod aus dieser Zeitlichkeit abberufen. In stiller, wertvoller, unermüdlicher Arbeit war er durch dreissig Jahre eine an Endlichkeit und Treue unersetzliche Kraft in meiner hiesigen Verwaltung, ein würdiger Sohn seines unvergesslichen Vaters, der 1859 in die Dienste meiner Familie trat. Unauslöschliche Dankbarkeit folgt dem Edlen über das Grab. München-Hohenaschau. In tiefer Trauer Freiherr v. Cramer-Klett. Erblicher Reichsrat der Krone Bayern."

Kein Wort über die Gesinnung, die aus dieser Anzeige spricht, sie ist hochanständig. Aber das gesellschaftliche Verhältnis, das sie aufzeigt, ist einen Augenblick des Nachdenkens wert. Der Erbliche Reichsrat der Krone Bayern mit seiner eigenen Verwaltung, an deren Spitze in einem patriarchalischen Verhältnis zum Herrn ein Canzley-Director steht, dessen Titel noch die Orthographie des 18. Jahrhunderts zeigt - und das in unseren Tagen! Die Krone Bayerns ist verblichen, aber ihre erblichen Reichsräte gespenstern immer noch in der Gegenwart. Die romantische Anzeige deutet auf den letzten Rest einer versunkenen Welt, auf Feudalismus, der aus dem Mittelalter in unsere Tage hineinragt. Aber es ist nicht so, denn die Cramer-Klett - das ist keine feudale, sondern eine neuere Industriellenfamilie, die sich und den romantischen Schein des Feudalismus gerade in unseren Tagen ausborgt!

Aus aller Welt

Mörder und Lügner!

Wie Hitlers Röntgentaler Edellinge kneifen...

SPD. Berlin, den 17. Juli (Fig. Bericht)

Am Donnerstag wurde die Vernehmung der Angeklagten im Röntgentaler-Prozess nach eintägiger Unterbrechung fortgesetzt. Die Angeklagten werden dreist und frech, wechseln in provozierender Weise alle drei Minuten ihre Aussagen, flüstern ungeniert miteinander, lächeln den Staatsanwalt unverschämt an und machen alles in allem den Eindruck sehr schlecht erzogener, unreifer Jünglinge, die einen Mordprozess mit einem Kinouk zu verwechseln scheinen. Trotzdem ist der Vorsitzende von einer geradezu väterlichen Milde.

Mit "Hustenbonbons" gegen die "Bananen".

Der 17-jährige Buchdruckerlehrling Herbert Skusa, der zur Berliner Gruppe Markwardt gehörte, hatte früher ausführliche Angaben über die Mordtat gemacht und sowohl sich als auch seine Mitangeklagten schwer belastet. Am Donnerstag mimt er den Unschuldigen und streitet mit lächelnder Miene alles ab, was er damals ausgesagt hat. Diesen offensichtlichen Schwindel begleitet er mit sehr eindeutigen höhnischen Gesten und einem Lächeln zu seinen Komplizen hin, die wieder verständnisinnig zu grinsen anfangen. Skusa: "Ich habe ganz deutlich gesehen, wie die Reichsbannerleute auf die Nationalsozialisten geschossen haben. Das Mündungsfeuer blitzte weit auf." Staatsanwalt Stehnig: "Vor dem Untersuchungsrichter haben Sie ganz etwas anderes erzählt. Sagen Sie mal, was sind denn eigentlich die mysteriösen "Hustenbonbons" des Markwardt?" Skusa: (zögernd mit etwas unsicherer Stimme) "Davon weiss ich gar nichts!" Staatsanwalt (scharf): "Aber in der Voruntersuchung haben Sie doch ganz genaue Angaben gemacht. Lügen Sie doch nicht so. Nach Ihren damaligen Angaben sind "Hustenbonbons" der Deckname für Revolvermunition." Skusa: (lächelnd) "Daran kann ich mich überhaupt nicht mehr erinnern. Jedenfalls haben die "Bananen" zuerst geschossen." Staatsanwalt: "Die Bananen?" -- "Ja, das ist so unser gebräuchliches Wort für die Reichsbannerleute." Staatsanwalt: "Wie kommen Sie heute dazu, alle Ihre Angaben abzuleugnen? Das sollen wir Ihnen wirklich glauben?" Skusa zuckt mit den Achseln "Antworten Sie!" Der Vorsitzende greift ein und sagt: "Aber meine Herren, ich habe doch schon genug gefragt. Man kann einen Menschen schliesslich nicht mehr als eine Zitrone auspressen." Staatsanwalt (mit lauter Stimme): "Aber was denn? Das ist jetzt der fünfte Fall, dass ein Angeklagter alle zwei Minuten in der dreistesten und lügenhaftesten Weise seine Aussagen wechselt. Sehen Sie nur die Angeklagten an. Sie können ja gar nicht mehr ernst bleiben. Immerfort sehe ich sie lachen. Das ist doch kein Theater hier!"

Sturmführer Pankrath, der Ahnungslose.

Der 23-jährige Bankbeamte Erich Pankrath aus Röntgental, ein eckiger, finsterner und verstockter Geselle, ist einer der Rädelsführer. Auch er schwindelt natürlich das Blaue vom Himmel herunter. Der arme Pankrath will schon auf dem Wege zum Nazi-Lokal "Edelweiss" von Reichsbannerleuten verfolgt worden sein. "Als ich kurz nach 9 Uhr im "Edelweiss" ankam, war schon alles versammelt. Köppner erzählte mir, dass er aus Berlin Verstärkung angefordert habe. Ich forderte die Röntgentaler auf, ruhig nach Hause zu gehen. Die Berliner sollten die Bucher SA. an die Bahn bringen. Ich ging mit Karow, Unterwegs hörte ich etwa 20 Schüsse fallen und ganz deutlich Signale." Staatsanwalt: "Und den Schüssen sind Sie nicht nachgegangen?" Pankrath: (mit Pose) "Nicht in die Hand. Das wäre ja glatter Selbstmord gewesen. Ich bin sofort nach Hause gegangen." Staatsan-

walt: (mit Ironie): "Wirklich? Aber es ist doch gänzlich unverständlich, dass Sie als Sturmführer sich um nichts kümmern und ruhig nach Hause gehen. Sie sind übrigens, entgegen Ihren Angaben, vor der Schiesserei an der Ecke der Schillerstrasse gesehen worden." - "Das stimmt auf keinen Fall. Als ich längst zu Hause war, fielen eine Anzahl Schüsse. Ich konnte mir das gar nicht erklären und war sehr erstaunt, blieb aber natürlich zu Hause." (!!)) Staatsanwalt: "Na, und?" "Am nächsten Tage fuhr ich zum Gau und traf dort Köppner, der mir erzählte, dass es zu einer Schiesserei gekommen sei." - "Haben Sie denn um Himmels willen nicht gefragt, zu was für einer Schiesserei?!" - "Nein, ich habe nichts gefragt und er hat mir auch nichts gesagt." Im Saal herrscht allgemeine Heiterkeit. Selbst dem Vorsitzenden geht so viel dummdreistes Schwindeln an die Nieren und er sagt betont: "Aber das ist doch ganz unglaublich. Sie mussten ja schon in den Zeitungen gelesen haben, dass es Tote und Verwundete gegeben hat". Der faulose Sturmführer mit einem etwas blöden Grinsen: "Nichts habe ich gelesen, keine Zeile! - -"

So unglaublich frech und so naiv zugleich ist wohl selbst in den Moabitèr Gerichtssälen noch nicht geschwindelt worden. Und das will etwas heissen! So aber sehen die Ritter vom Hakenkreuz aus, wenn man sie nach ihren hinterhältigen Mordtaten an ihrer Verantwortung packen will! Dieser Röntgentaler Prozess wird dadurch zu einer Charakteristik der ganzen nationalsozialistischen Bewegung: erbärmlich, gewissenlos und feige! =

+ + +

Attentat einer Geisteskranken. Am Donnerstag verübte die 30jährige Hausangestellte Frieda Hofmeister, die bei dem Leiter der Hals-, Nasen- und Ohrenabteilung der Berliner Charité, Professor Seiffert, in Diensten stand, in einem plötzlichen Anfall von Geistesstörung einen Angriff auf die allein in der Wohnung weilende Gattin des Professors. Sie rief die Frau ins Wohnzimmer ans Telefon, warf ihr dann von hinten ein Tuch um den Hals und zog es zu. Als die Ueberfallene sich freizumachen vermochte, schlug das Mädchen mit einer metallenen Wärmflasche auf sie ein, bis sie blutüberströmt zu Boden stürzte. Dann flüchtete die Hausangestellte aus dem Zimmer. Die auf die Hilferufe der Ueberfallenen aus der Privatklinik des Professors herbeigeeilten Angestellten fanden Frau Seiffert ohnmächtig am Boden liegen. Ihre Verletzungen sind schwer, jedoch nicht lebensgefährlich. Das Mädchen hatte sich inzwischen in der Küche eingeschlossen und wurde, nachdem das Ueberfallkommando die Küchentür aufgebrochen hatte, am Wasserhahn erhängt aufgefunden. Die sofort angestellten Wiederbelebungsversuche waren jedoch von Erfolg. Die Hausangestellte war seit mehr als zwei Jahren bei der Familie Seiffert beschäftigt gewesen und wurde von ihrer Dienstherrschaft wegen ihres Fleisses und ihres freundlichen Wesens geschätzt. Irgendwelche Anzeichen ihres Geistesverwirrung waren bisher nicht wahrgenommen worden.

+ + +

Bilderdiebstahl in einem Gymnasium. In der Nacht zum Donnerstag wurde das berühmte althistorische Gymnasium Zum Grauen Kloster im ältesten Teile Berlins von Dieben heimgesucht. Den Tätern, von denen vorläufig noch jede Spur fehlt, fielen ausserordentlich wertvolle alte Gemälde in die Hände, ausserdem kostbare Silbersachen, verschiedene Apparate aus dem Physik- und Chemiezimmer. Wie der Hauswart am nächsten Morgen bei seinem üblichen Rundgang durch die Räume des Gymnasiums feststellte, waren die Diebe vom Hof aus durch eine Fensterscheibe im Hochparterre in das Gebäude gelangt. Die aus den verschiedenen Schulräumen geraubten holländischen und italienischen Gemälde aus dem 17. Jahrhundert stammen aus einer alten Stiftung von einem früheren Schüler des Gymnasiums zum Grauen Kloster. Unter den übrigen gestohlenen Schätzen befinden sich einige Bücher aus der ersten Periode der Buchdruckerkunst. Die Kriminalpolizei hat einstweilen an der Einbruchsstelle zahlreiche Fingerabdrücke abzunehmen vermocht.

+ + +

Explosion eines Benzintank Kahn. Im Petroleumhafen von Harburg-Wilhelmsburg explodierte ein Tankkahn der Rhenania-Ossag-Werke. Der Kapitän und zwei Personen erlitten schwere Verletzungen. Drei Angehörige der Besatzung konnten sich retten indem sie ins Wasser sprangen. Die Löschung des brennenden Benzins war nur unter ausserordentlichen Schwierigkeiten mit einem fahrbaren Schaumlöschgerät möglich. Das Hafenbecken musste in weitem Umkreis abgesperrt und das Feuer auf sämtlichen in der Nähe liegenden Schiffen gelöscht werden, um nicht durch Entzündung des auf dem Wasser schwimmenden Benzins eine ungeheure Katastrophe entstehen zu lassen.

+ + +
Festnahme eines Sittlichkeitsverbrechers. Am Donnerstag wurde in Eberswalde der Arbeiter Otto Böhme unter dem dringenden Verdacht verhaftet, in den letzten Wochen und Monaten mehrere schwere Sittlichkeitsverbrechen und Mordversuche in Eberswalde und Umgebung verübt zu haben. Einen dieser Ueberfälle, der am 5. Juli in der Nähe des Pfingstberges bei Eberswalde auf eine Angestellte erfolgt war, hat Böhme nach hartnäckigem Leugnen eingestanden. Für einige andere bisher noch unaufgeklärt gebliebene Sittlichkeitsattentate kommt Böhme aller Wahrscheinlichkeit nach ebenfalls als Täter in Frage.

+ + +
Verkehrsunfall in Berlin-Neukölln. Am Donnerstag mittag ereignete sich in Neukölln ein schwerer Verkehrsunfall, der durch das vom Regen schlüpfrig gewordene Strassenpflaster hervorgerufen war. Ein Privatwagen geriet bei dem Versuch, einer die Strasse überquerenden Radfahrerinnen auszuweichen, ins Rutschen und sauste gegen einen entgegen kommenden Autobus. Bei dem Zusammenstoss wurde das Privatauto vollkommen zertrümmert. Die Radfahrerinnen, die von dem Privatauto umgerissen worden war, erlitt schwere Hand- und Beinverletzungen. Der Chauffeur des Privatkraftwagens trug eine gefährliche Kopfverletzung davon. Ein anderer in den Zusammenstoss hineingerissener Mann kam mit leichteren Verletzungen an Kopf und Händen davon.

+ + +
Einbruch in ein Konfektionsgeschäft. In der Nacht zum Donnerstag statteten Einbrecher einem grossen Seiden- und Konfektionsgeschäft in der Berliner Friedrichstadt einen Besuch ab und raubten Seidenwaren im Werte von etwa 30 000 Mark. Von den Dieben fehlt bisher jede Spur.

+ + +
Ein ehemaliger Russengeneral verhungert. Der ehemalige russische General von Brummer, der einst dem Grossfürsten Nikolaus als Flügeladjutant gedient hat, ist am Mittwoch in Paris sozusagen im Strassengraben gestorben. Der General war als Nachtwächter in einer kleinen Fabrik beschäftigt. Sein Einkommen reichte aber nicht aus, um ihn vor dem bittersten Hunger zu schützen. Er brach am Mittwoch auf offener Strasse zusammen und wurde sterbend ins Hospital geschafft, wo er kurze Zeit später an Entkräftung verschied.

+ + +
Brudermord. In Gelsenkirchen erstach der 22jährige Arbeitslose Otto Zink mit einem Brotmesser seinen 30 Jahre alten verheirateten Bruder Franz vor den Augen der ihm nacheilenden Mutter. Die Frau konnte nur mit Mühe von einem Selbstmordversuch an der Leiche ihres Sohnes abgehalten werden. Der Ermordete hatte im Kartenspiel mit seinem Bruder vier Mark verloren und diesen des Falschspiels bezichtigt. Trotzdem sie das Geld gemeinsam vertrunken hatten, trieb der Hass den Jüngeren zu der Tat. Er wurde verhaftet.

+ + +
Bootsunfall in Rotterdam. In der Nacht zum Donnerstag schlug im Hafen von Rotterdam ein mit 4 deutschen Matrosen von dem Dampfer "Anrum" besetztes Ruderboot plötzlich um, wobei der Matrose Mohr aus Echternach ertrank. Die Leiche konnte bisher noch nicht geborgen werden.



Lohnkonflikt im Holzgewerbe.

SPD. Die Lohnverhandlungen in der Holzindustrie sind am Donnerstag aufge-
flogen. Der Gang der Verhandlungen war von vornherein durch die organisatori-
schen Verhältnisse im Unternehmerlager sehr kompliziert.

Der noch bis zum 15. Februar des nächsten Jahres laufende Manteltarif
bestimmt, dass die Lohnabkommen nur durch die Zentralvorstände gemeinsam für
alle Bezirke gekündigt werden können. Seit dem Abschluss des Mantelvertrages
und der Lohnabkommen sind aber die Bezirke Württemberg und Schlesien aus dem
Arbeitgeberverband ausgetreten. So entstand die Frage, ob die Kündigung der
Lohnabkommen durch den Arbeitgeberverband rechtgültig erfolgt sei, da er dazu
die Vollmacht der beiden genannten Bezirksverbände nicht hatte. Der Arbeitge-
berverband wollte nur für seine Organisation in ihrem gegenwärtigen Umfang ver-
handeln, nicht aber für die beiden ausgetretenen Bezirke. Demgegenüber bestand
der Deutsche Holzarbeiterverband auf der klaren Vorschrift des Mantelvertrags,
wonach für das ganze räumliche Gebiet, wie es im Vertrag selbst umschrieben
ist, verhandelt werden muss. Dem entsprechend stellte er die Forderung auf Er-
höhung der Spitzenlöhne in allen Bezirken um vier Pfennige die Stunde.

Da die Parteiverhandlungen ergebnislos blieben, ergab sich die Notwendig-
keit, dass tarifvertragliche Lohnamt in Anspruch zu nehmen. Nach dem Mantel-
vertrag wird der unparteiische Vorsitzende von den beiderseitigen Parteivor-
ständen bestimmt; sie können aber auch seine Auswahl dem Reichsarbeitsministe-
rium überlassen. Nun erklärten die Unternehmer, sie seien bereit, die Stellung
eines unparteiischen Vorsitzenden dem Reichsarbeitsministerium zu überlassen -
"sofern die Arbeitnehmerseite uns die Erklärung abgibt, dass Herr Professor
Dr. Brahn als unparteiischer Vorsitzender für unser Lohnamt nicht in Frage kommt
Diese Forderung war für die Vertreter des Deutschen Holzarbeiterverbandes eine
unerhörte Zumutung. Für ein solches Misstrauensvotum gegenüber Herrn Professor
Brahn besteht auch keinerlei Veranlassung.

Die Unternehmer betrachteten die Ablehnung ihrer Zumutung als Kriegsfall
und erklärten, sie hätten nunmehr an der Weiterführung der Verhandlung kein
Interesse mehr. Damit waren die Lohnverhandlungen zu Ende.

SPD. Die Verhandlungen zur Beendigung des Arbeitskonfliktes im Mansfelder
Bergbau führten am Donnerstag zu einer Einigung auf der Basis eines Lohnabbaus
von 9 1/2 Prozent. In der Subventionsfrage haben sich Preussen und das Reich ver-
ständigt, die erforderliche finanzielle Hilfe zu leisten. Die Arbeit wird in
Kürze wieder aufgenommen. Über die Regelung der Arbeitsaufnahme wird im Augen-
blick noch in Halle verhandelt, da nicht die gesamte Belegschaft auf einmal
wie in einer Fabrik wieder antreten kann.

Die Lösung des Mansfelder Arbeitskonfliktes erfolgte also auf der bereits
bei den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium festgelegten Linie. Ein an-
derer Ausweg war nach der Natur der Dinge kaum möglich. Der Widerstand der
Bergarbeiter gegenüber den Forderungen der Mansfeld A.G., die einen fast dop-
pelt so grossen Lohnabbau verlangt hatte, ist nicht umsonst gewesen. Wunder-
dinge haben sich die Bergarbeiter angesichts der unleugbaren Schwierigkeiten

von vornherein nicht versprochen. Mit einer Schliessung der Kupfergruben wäre auch nichts erreicht gewesen. Einmal soll die einzige Kupfergewinnungsstätte erhalten bleiben, und eine anderweitige Beschäftigung der Belegschaft ist so gut wie ausgeschlossen.

SPD. Der Stahlhelm hat, um in Arbeitnehmerkreisen besser Fuss zu fassen, eine Stahlhelmselbsthilfe ins Leben gerufen. Sie ist ihrem Wesen nach eine Werksgemeinschaft und charakterisiert sich selbst durch Einführung einer Unterstützung gegen roten Terror und gegen Massregelung wegen nationaler Betätigung. "Die Stahlhelmselbsthilfe", so heisst es in der Begründung dieser Unterstützungseinrichtung, hat die Aufgabe, ihren Mitgliedern das Recht zu erkämpfen, sich überall innerhalb und ausserhalb der Betriebe im Stahlhelmgeist zu betätigen, ohne in ihrer wirtschaftlichen Existenz oder persönlich bedroht zu werden."

Die Reichsbahngesellschaft ist ein eifriger Gönner des Stahlhelms. Dieser hat unter dem 24. April bei der Reichsbahndirektion Berlin beantragt, dass die Stahlhelmselbsthilfe als wirtschaftliche Vereinigung im Sinne der Artikel 159 und 165 der Reichsverfassung anerkannt werden möge. Die R.B.G. hat diesen Antrag an die Hauptverwaltung der R.B.G. weitergeleitet und diese hat durch Verfügung 50539 Pvg. vom 11. Juni 1930 folgende salomonische Entscheidung gefällt:

"Da es den Begriff der wirtschaftlichen Vereinigung in der Reichsverfassung nicht gibt und die wirtschaftliche Vereinigung im Sinne des Arbeitsrechts tariffähig sein muss, was bei der Stahlhelmselbsthilfe nicht der Fall ist, so ersuchen wir, auf das Schreiben des Stahlhelms vom 24. April 1930 folgendes zu erwidern: "Obwohl die Stahlhelmselbsthilfe" nach den uns überreichten Satzungen keine wirtschaftliche Vereinigung im Sinne des Arbeitsrechts ist, so sind wir doch bereit, von ihr ebenso wie von anderen Interessenvertretungen denen Reichsbahnbedienstete angehören, in Einzelfällen Wünsche entgegen zu nehmen."

Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft
Hauptverwaltung
gez. Unterschrift,

Damit stehen dem Stahlhelm die Tore des Reichsbahnbetriebes offen. Er kann dort für die Durchführung des Bahnschutzes wertvolle Dienste leisten. Der Bahnschutz der R.B.G. mit seinen 6 Übungsplätzen und 19 Panzerzügen, seinen schweren und leichten M.G.s., seinen Gewehren 98 und Handgranaten, seinen Gasmasken und seinen Reichswehr-Instrukteuren braucht dringend den vaterländischen Stahlhelm. Es trifft sich ausgezeichnet, dass zur Zeit an einer neuen Schiessvorschrift für die Bahnpolizei gearbeitet wird, die in einem Umfang von 18 Seiten alles wissenswerte für das Kleinkaliberschüssen behandelt.

Es werden, wie man sieht, alle Vorbereitungen getroffen, um im Notfall das - Vaterland zu befreien.

SPD. In der Tschechoslowakei sind dank der Initiative des sozialdemokratischen Sozialministers zehn Millionen Kronen für eine Arbeitslosennotstandsaktion bereit gestellt worden. Es handelt sich dabei um Anweisungen auf Waren und Lebensmittel durch die Gewerkschaftsorganisationen oder Gemeindeämter. Im Herbst werden in ähnlicher Form Bekleidungsanweisungen ausgegeben,

SPD. Die Bauarbeiter-Internationale nahm auf ihrer Stockholmer Konferenz im weiteren Verlauf der Beratungen nach Annahme verschiedener Anträge zur Gründung eines Ostkartells und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Frankreich eingehend zur Ferienfrage Stellung. Van der Wal - Holland, behandelte eingehend die gesetzlichen und tariflichen Rechte auf Urlaub und unterstrich die grosse kulturelle Bedeutung der Ferienfrage. Im Anschluss an seine Ausführungen wurde eine Entschliessung angenommen, die im wesentlichen folgendes fordert:

Die neunte Konferenz der Bauarbeiter-Internationale hält die allgemeine Einführung von Ferien für Bauarbeiter in allen Ländern für notwendig. Bei voller Anerkennung der Schwierigkeiten, die angesichts der Besonderheiten des Baugewerbes mit einer zweckentsprechenden Ferienregelung verbunden sind, ist die Konferenz davon überzeugt, dass eine auf ein langdauerndes Arbeitsverhältnis begründete Ferienregelung für das Baugewerbe wenig bedeutet. Von einer angemessenen Regelung der Ferien für Bauarbeiter kann nur dann die Rede sein, wenn ungeachtet des jeweiligen Arbeitgebers, die im Gewerbe verbrachte Arbeitszeit zum Masstab genommen wird. In weit grösserem Masse muss die Forderung nach bezahlten Ferien für alle im Baugewerbe beschäftigten Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter erhoben werden. Die Konferenz erhebt daher die bereits 1927 in Lugano einstimmig angenommene Forderung: Bezahlte Ferien für Lehrlinge und jugendliche Hilfsarbeiter und zwar bis zum 16. Lebensjahr drei Wochen, vom 16. bis zum 18. Lebensjahr zwei Wochen im Jahr. In Anerkennung der Wichtigkeit der Forderung nach bezahlten Ferien für alle Bauarbeiter ruft die Konferenz die angeschlossenen Organisationen auf, für die Verwirklichung dieser berechtigten Forderung, sei es auf dem Wege der Gesetzgebung, sei es durch Festlegung entsprechender Bestimmungen in den Kollektivverträgen, mit aller Kraft einzutreten.

Über die Lage der Bauwirtschaft gab der Vorsitzende der Internationale, Bernhard-Berlin, einen instruktiven Überblick. Eine im Sinne seiner Ausführungen gehaltene und von der Konferenz einstimmig angenommene Entschliessung bezieht sich auf den Kampf gegen den Schutzzollgedanken. Die Gesamtwirtschaft eines Volkes sei mit der der anderen Völker international verflochten. Das gelte auch für den Baumarkt. Den meisten Ländern müsse in erster Linie daran liegen, die für den Wohnungsbau notwendigen Roh- und Hilfsstoffe möglichst billig zu beschaffen. Etwaigen Gefahren, die den Arbeitern durch die Einfuhr erwachsen, könne mit gewerkschaftlichen Mitteln begegnet werden, und zwar umso besser, je stärker die gewerkschaftliche Organisation sei.

Die Wahlen brachten keine Änderung in der Leitung der Bauarbeiter-Internationale. Ihr nächster Kongress soll 1933 in Brüssel stattfinden.

SPD. In Nordböhmen kam es in der Brüxer Gegend zu einer grossen Protestkundgebung gegen die Massenentlassung von Bergarbeitern. In Brüx und Oberleutendorf wurden zum Zeichen des Protestes alle Geschäfte und Betriebe, ja sogar die Geldanstalten und Gasthäuser von 11 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags geschlossen. Die Chefs promenierten mit ihrem Personal vor geschlossenen Türen. Die gesamte Einwohnerschaft war auf den Gassen. Die Kommunisten hatten die Bergarbeiter aufgefordert, in den Streik einzutreten. Sie ernteten jedoch für ihren "weisen" Rat nur Gelächter. Bei den Besprechungen, die nach der Protestkundgebung in Prag im Arbeitsministerium zwischen den Bergarbeiter-Gewerkschaften und den Vertretern der Nord- und nordwestböhmisches Kohlengruben stattfanden, erklärten sich die Unternehmer bereit, keine Arbeiter zu entlassen. Die Kohlenwerke bei Brüx wollen von den 1 110 Bergarbeitern, die entlassen werden sollten, 300 weiterbeschäftigen.

Wirtschaft Technik Handel

Handelsbilanzsorgen.

SPD. Die deutsche Handelsbilanz weist für das erste Halbjahr 1930 einen Ausfuhrüberschuss von rund 500 Millionen Mark aus. Wenn die bisherige Entwicklung auch in der zweiten Hälfte des Jahres 1930 anhält - und daran ist leider nicht zu zweifeln -, werden wir zum ersten Mal nach der Inflation mit einem Milliardenausfuhrüberschuss in der Handelsbilanz abschliessen. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass in dem Ausfuhrüberschuss von 500 Millionen Mark Reparations-sachlieferungen im Werte von 370 Millionen Mark stecken. Schaltet man diese aus, so bleibt ein Plus von rund 130 Millionen Mark. Das bedeutet einen monatsdurchschnittlichen Ausfuhrüberschuss von 22 Millionen Mark für das erste Halbjahr 1930 gegenüber einem Monatsausfuhrüberschuss von 3 Millionen Mark im Jahre 1929 und einem monatsdurchschnittlichen Einfuhrüberschuss von 145 Millionen Mark im Jahre 1928 und etwa 285 Millionen Mark im Jahre 1927.

Ohne Zweifel liegt eine innerliche, eine sogenannte strukturelle Besserung unserer Handelsbilanz vor:

	<u>Einfuhr</u>	<u>Ausfuhr</u>
	(Reiner Warenverkehr einschliesslich Reparations-sachlieferungen in Mill. Mark im Monatsdurchschnitt)	
1927	1 185	900
1928	1 167	1 025
1929	1 120	1 125
erstes Halbjahr 1930	950	1 035.

Schalteten wir die Beeinflussung durch die Wirtschaftskrise usw., also durch Konjunkturelle Faktoren aus, so würde sich eine stärkere Anpassung des Exports an den Import ergeben, d.h. wir sind einem Ausgleich in unserer Handelsbilanz näher gekommen. Diese befriedigende Entwicklung dürfte in erster Linie auf die Rationalisierung der deutschen Industrie zurückzuführen sein. Sie brachte neben einer ganz bedeutenden Selbstkostensenkung eine Verbesserung der deutschen Industrieware. Die deutsche Wirtschaft, die während des Krieges und während der Inflation den Kontakt mit dem Weltmarkt verlor, hat sich im Laufe des ersten Abschnittes der deutschen Rationalisierung wieder den Weltmarktverhältnissen angepasst. Insbesondere hat Deutschland seine alte Position als Maschinenlieferant und seine alte Bedeutung auf elektrotechnischem Gebiete wieder gewonnen. Man kann sagen, dass die aus der Rationalisierung hervorgegangene Qualitätssteigerung der deutschen Wirtschaft für die Rückeroberung der Auslandsmärkte ausschlaggebender gewesen ist als die Selbstkostensenkung. So hat sich z.B. der Absatz von Produktivgütern nach dem Ausland befriedigender entwickelt als der Absatz von Konsumgütern. Dieser Entwicklung kam natürlich der Maschinenhunger der ganzen Welt, die sich im Rationalisierungsprozess befindet, entgegen. Deutschland ist tatsächlich in den letzten Jahren der Maschinenmarkt geworden, auf dem sich die ausländische Industrie vor allem mit Arbeitsmaschinen versorgt. So konnte im Laufe des ersten Halbjahrs 1930, trotzdem sich die Krise in den wichtigsten, für den deutschen Export in Frage kommenden Ländern zuspitzte, die Maschinen- und elektrotechnische Industrie ihren Export weiter steigern. Andererseits hat die deutsche Handelspolitik dem deutschen Export die alten Wege wieder frei gemacht. Die festzustellende bessere Entwicklung in unserer Handels-

bilanz wäre ohne das Netz von Handelsverträgen, die in den letzten Jahren abgeschlossen worden sind, gar nicht möglich.

Die Erfolge dürfen aber nicht über die tatsächliche Situation hinwegtäuschen. Der Susfuhrüberschuss in der ersten Hälfte des Jahres 1930 konnte nur erzielt werden, weil die Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln zurückgegangen ist:

	<u>Lebensmitteleinfuhr</u> (Monatsdurchschnitt in Millionen Mark)	<u>Rohstoffeinfuhr</u>
1927	360	600
1928	350	601
1929	320	600
erstes Halbjahr 1930	275	505

Die deutsche Wirtschaftskrise und vor allem die Unsicherheit auf dem Weltrohstoffmarkt (Preisschwankungen bezw. stark sinkende Preise) haben zu einer Drosselung der Rohstoffeinfuhr geführt. Dazu tritt auf Grund der letzten beiden guten Ernten in Deutschland und infolge politischer Eingriffe in den Markt (Weizenvermahlungszwang usw.) ein gedrückter Lebensmittelimport. Rohstoffeinfuhr und Lebensmittelimport lassen sich aber nicht dauernd auf dem Tiefstand halten, den sie im ersten Halbjahr 1930 erreicht haben. Eine Belebung der Wirtschaft, die natürlich eine umfangreiche Rohstoffversorgung bedingt, würde den im Jahre 1930 erreichten Ausgleich in der Handelsbilanz über den Haufen werfen. Nimmt man eine Rohstoffeinfuhr im Umfange der Vorjahre an, so verwandelt sich schon der Ausfuhrüberschuss in einen nicht unbeträchtlichen Einfuhrüberschuss. Der Ausgleich unserer Handelsbilanz hängt also vorwiegend von der Lebensmittel- und der Rohstoffeinfuhr ab. Hier könnten ganz natürliche Einfuhrbeschränkungen z.B. durch Erweiterung der Produktion synthetischer Treibstoffe, durch Aufnahme einer rentablen Herstellung von künstlichem Gummi, eine Reorganisation in unserer Futterwirtschaft und schliesslich durch Umstellung unserer Landwirtschaft auf eine vermehrte Produktion von Standardbutter und Standardeiern usw. durchgeführt werden. Das geht aber nicht im Handumdrehen. Dafür sind Jahre erforderlich.

Der Schwerpunkt eines Ausgleichs in unserer Handelsbilanz liegt solange auf einer Steigerung unseres Fertigwarenexports, des wichtigsten Postens in unserer Handelsbilanz. Der Export von deutschen Fertigwaren hat sich der Weltwirtschaftskrise gegenüber stark widerstandsfähig gezeigt:

	<u>Gesamter Export</u> (Monatsdurchschnitt in Millionen Mark)	<u>Export in Fertigwaren</u>
1927	900	644
1928	1 025	741
1929	1 125	820
erstes Halbjahr 1930	1 035	767.

Gewissermassen mit dem Zug der Rationalisierung und mit dem Ausbau unseres Handelsvertragssystems tritt eine starke Steigerung des Fertigwarenexports ein. Er erreicht seinen Höchststand im März 1930 mit 834 Millionen Mark. Dann tritt eine starke Abflachung ein, die für den Monat Juni 1930 bis auf 670 Millionen Mark geht. Gewiss ist die Entwicklung zum Teil in den Weltmarktsverhältnissen begründet, die den Export erschweren. Andererseits kann man sich kaum vorstellen, dass die deutsche Zollpolitik während der letzten Monate ohne Folgen geblieben sein soll. Der Export ist nicht nur eine Sache des Preises und der Qualität, sondern vielfach eine psychologische Angelegenheit. In diesem Sinne ist es natürlich, wenn Länder, die von Deutschland Produktivgüter beziehen, aber auch Waren nach Deutschland einführen wollen, gegenüber dem deutschen Zollprotektionsnismus mit Zurückhaltung reagieren. Der Rückgang unseres Fertigwarenmonopols wäre also die erste Quittung für den neuen Kurs in unserer Zollpolitik.

SPD. Nach dem Ausweis der Reichsbank für die Woche zum 15. Juli ist die Kreditbeanspruchung um 145,9 Millionen Mark auf 1 657,3 Millionen Mark zurückgegangen. Die Bestände an Handelswechseln und Schecks senkten sich um 160,2 Millionen Mark auf 1 486 Millionen Mark. Die Kreditbeanspruchung liegt weiter unter dem Stand des Vormonats und dem des Vorjahres. Jedoch ist eine Verlangsamung im Rückfluss der Kredite eingetreten, die zur Überwindung des letzten Ultimus in Anspruch genommen wurden. Ob man daraus auf einen vermehrten Kreditbedarf der Wirtschaft und damit auf eine beginnende Bewegung schließen darf, ist zweifelhaft. Wie es scheint, ist der vermehrte Bedarf an Reichsbankkrediten auf den Abfluss von Auslandsguthaben zurückzuführen. Es ist selbstverständlich, dass sich die Bankinstitute von Auslandsgeldern befreien und sich mit Reichsbankgeldern versorgen, sofern die Zinslage das geboten erscheinen lässt. Die Überfülle am deutschen Geldmarkt gestattet eine solche Operation. Das gilt insbesondere für den Abfluss von Devisen, dem die Reichsbank gewachsen sein dürfte.

Im Zusammenhang mit den oben erwähnten Veränderungen gingen die Bestände der Reichsbank an Gold und Deckungsdevisen um 239 Millionen auf 2 802,6 Millionen Mark zurück. Im einzelnen haben sich die Goldbestände nur um 77 000 Mark auf 2 618,6 Millionen Mark verringert. Die Bestände an deckungsfähigen Devisen nahmen dagegen um 238,9 Millionen Mark auf 183,9 Millionen Mark ab. Die Deckung ist durch den Devisenabfluss nicht berührt worden. Die Deckung der Noten durch Gold erhöhte sich von 58,3 Prozent in der Vorwoche auf 62,5 Prozent. Die Deckung durch Gold und Deckungsdevisen nahm, dem Devisenabfluss folgend, von 67,7 auf 66,9 Prozent ab. Sie liegt also weit über der gesetzlich vorgeschriebenen Grenze.

SPD. Die vom Reichstag beschlossenen und noch zu beschliessenden Massnahmen, wie das Ostprogramm und die Arbeitsbeschaffung, machen eine starke Inanspruchnahme der Kapitalmärkte durch Reich und Länder notwendig. Um eine Einheitlichkeit des Vorgehens und eine pflegliche Behandlung der Märkte sicherzustellen, haben in der Reichsbank Besprechungen stattgefunden, über die folgendes mitgeteilt wird:

"Um für die Dauer eine Einheitlichkeit in der Kreditversorgung für diese Zwecke sicherzustellen, soll in Zukunft allmonatlich eine derartige Aussprache unter dem Vorsitz des Reichsbankpräsidenten stattfinden. Die Durchführung der einzelnen Massnahmen soll Sonderbesprechungen der an ihr unmittelbar beteiligten Stellen mit der Reichsbank vorbehalten bleiben und durch die Reichsbank oder in enger Fühlung mit ihr erfolgen."

Das Communiqué besagt materiell nichts. Hoffentlich sind die beschlossenen Massnahmen, denen man nur Erfolg wünschen kann, etwas inhaltsreicher.

SPD. In "Bankarchiv", der Zeitschrift des Zentralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, beschäftigt sich Hans Fürstenberg, Geschäftsinhaber der Berliner Handelsgesellschaft, mit der Neuregelung der Beratungsstelle. Natürlich sieht der Berliner Grossbankier in den vom Reichsfinanzministerium ausgearbeiteten neuen Richtlinien, deren Verschlechterungen in der Öffentlichkeit stark kritisiert worden sind, nur Fortschritte. Ihm genügen aber diese "Fortschritte" nicht, um die Verschlechterung der öffentlichen Wirtschaft durchzuführen. Er fordert deshalb weitere Verschärfungen, um die öffentliche Hand von den Kapitalmärkten abzudrängen und die öffentliche Wirtschaft für den Ausverkauf reif zu machen.

Fürstenberg wirft u.a. die Frage auf, wie die öffentlichen Betriebe in

der heutigen Weltordnung mit den Kapitalien ausgestattet werden können, die erforderlich sind, um mit der Entwicklung unserer Grosstädte gleichen Schritt zu halten. Wenn sich hier Schwierigkeiten ergäben, so müsste eine Rückführung in kapitalstarke Privathände ins Auge gefasst werden. In diesem Zusammenhang stellt Fürstenberg die kühne Behauptung auf, dass "mehr als ein Unternehmen von Privathand besser bewirtschaftet werden könne als im Besitz einer Stadt" und da sich die "finanziellen Bedürfnisse in Privathand besser decken liessen" ermuntert er die öffentliche Hand, "derartige Betriebe zu guten Preisen abzustossen." Fürstenberg gibt vor, eine Veräusserung städtischer Wirtschaftsbetriebe im grossen Stile nicht zu wollen. Dagegen sei aber eine "Abrundung nach unten" anzustreben. Was die Abrundung nach unten aber besagen will, wissen wir vom Verkauf der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen, durch deutsche Grossbanken - an amerikanische Grossbanken.

Diesen Prozess will Fürstenberg erleichtert wissen. Nun liegen die Dinge, wie er im Bankarchiv ausführt, so, dass die Stadtanleihe nur zum Teil durch werbende Anlagen gedeckt sind. Die Tendenz, aus dem nicht allzusehr gefügten Gebäude die vorhandenen Aktiven, also die städtischen Wirtschaftsbetriebe, herauszunehmen, erscheint ihm doch als sehr "gefährliche Politik." In diesem Sinne hält er es für richtig, dass der vom Reichsfinanzministerium ausgearbeitete Entwurf für die Neuregelung der Beratungsstelle eine Bestimmung vorsieht, wonach die "Gemeinden zur Sicherung von Darlehen und Anleihen kommunale Vermögensteile nicht mehr verpfänden sollen." Nach Fürstenberg soll auf die Kreditinstitute, die sich mit der Gewährung von Kommunalkrediten befassen, eingewirkt werden, dass sie auf "Sondersicherheiten verzichten". Die Forderung Fürstenbergs bedeutet in ihrer Verwirklichung eine Drosselung des kommunalen Kredits über das in den Richtlinien des Reichsfinanzministeriums vorgesehene Mass hinaus. Man will die Gemeinden aushungern und zur Verramschung ihrer Wirtschaftsbetriebe zwingen.

Wir sind Herrn Fürstenberg dankbar für seine Offenheit, mit der er die Pläne der deutschen Grossbanken enthüllt. Vielleicht tragenseine Ausführungen doch dazu bei, die Stellen, die für die Reorganisation der Beratungsstelle verantwortlich zeichnen, bedenklich zu stimmen.

Berliner Milchpreis.

Berlin, 17. Juli.

SPD. Die Preise für Milch, die nach Berlin zur Ablieferung gelangt, betragen je Liter frei Berlin für A-Milch für die Zeit vom 18. bis 24. Juli 18 Pfennig, für B-Milch 11 Pfennig, für C-Milch 14 Pfennig. Der Zuschlag für tiefgekühlte Milch beträgt 1/2 Pfennig je Liter, für molkereimässig bearbeitete Milch 1 3/4 Pfennig.

Butternotierungen.

SPD. Die Berliner Butternotierungskommission notierte am 17. Juli: erste Qualität 145, zweite Qualität 135, abfallende 119. Preise ab Station, Fracht und Gebinde gehen zu Lasten des Käufers. Tendenz: stetig.

Roggen zurückgehalten.

(Berliner Getreidebörse vom 17. Juli).

SPD. An der Berliner Produktenbörse erhielt sich am Donnerstag die feste Grundstimmung. Selbst Weizen lag trotz der niedrigen Auslandsmeldungen stetig, während in Roggen die Landwirtschaft infolge des regnerischen Wetters Zurückhaltung übte und infolgedessen die Preise anziehen konnten. Am Markte der handelsrechtlichen Lieferungsgeschäfte zeigte sich eine ähnliche Entwicklung. Weizen schwankte nur in Grenzen von 0,50 Mark, während Roggen bis zu 2 Mark fester tendierte. Hafer war wesentlich fester, besonders soweit Deckungsnachfrage bestand. Das war vor allem bei Julihafer der Fall, der bis zu 4½ Mark gewann und erst gegen Schluss der Börse auf Realisationen hin von diesen Gewinnen wieder etwas hergeben musste. Gerste lag ebenfalls fest; das Angebot hatte eher nachgelassen.

	<u>16. Juli</u>	<u>17. Juli.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	-	-
Roggen	172 - 177	172 - 177
Braugerste	-	-
Futter- und Industrieroggen	170 - 190	172 - 192
Hafer	177 - 185	179 - 187
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	33,50 - 40,25	32,50-40,25
Roggenmehl	23,00 - 25,60	23,00-25,70
Weizenkleie	10,50 - 11,00	10,50-11,00
Roggenkleie	10,20 - 10,70	10,50-11,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 292 (Vortag 292½); September 265-265½), Oktober 268-268½ (268), Dezember 274½ (275). Roggen Juli 178½-180 (178½), September 188½ (187½), Oktober 191½-192 (190), Dezember 199½ (197½). Hafer Juli 190-191 188½ Brief (186½), September 192-190 Brief (189), Oktober 194-192½ (195½), Dezember 198-196½ (198).

Eierpreisnotierung,

Berlin, 17. Juli.

SPD. Die amtliche Berliner Eiernotierungskommission notierte: Deutsche Eier: Trinkeier (vollfrische, gestempelte) Sonderklasse über 65 Gramm 13, Klasse A 60 Gramm 11 1/4, Klasse B 53 Gramm 10, Klasse C 48 Gramm 9. Frische Eier Klasse B, 9 1/2. Auslandseier. Dänen 18er 13. 17er 12 1/4, 15 1/2 - 16er 10. Holländer 60-62 Gramm 10 1/2 - 11, Rumänen 8 - 8 1/2. Ungarn 8½. Polen normale 7 - 7 1/2, Kleine, Mittel-Schmutzeier 6 - 6 1/2. Tendenz: ruhig.

Kartoffelpreisnotierungen.

17. Juli.

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelpreisnotierung in Mark je Zentner waggonfrei ab märkische Stationen: märkische Frühkartoffeln 5.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 52

Berlin, den 17. Juli 1930

Die Türkin von heute.x

SPD. Wer jemals Gelegenheit hatte, in unsern Tagen die Strassen von Smyrna, von Angora oder Konstantinopel zu durchstreifen, der wird den Eindruck gewinnen, dass die moderne Türkin durchaus die Lebensgewohnheiten und die Kultur ihrer abendländischen Schwestern angenommen habe. Nur selten noch sieht man in den breiten, europäischen Vorbild entlehnten Haupt- und Verkehrsstrassen den Schleier. Er ist verbannt in die engen, schmalen Gassen der Armut, in die holprigen, kaum gepflasterten Wege der grossen Städte, in die Dörfer Anatoliens. Und selbst hier ist es nur noch ein letzter Rest von Frauen, die sich aus irgend einem stark betonten Gefühlsmoment heraus für den Schleier entschieden haben, obwohl ihn das Gesetz verboten hat. Die moderne junge Türkin ist nach der neusten Pariser Mode gekleidet. Sie hat rot geschminkte Lippen, nachgezeichnete Brauen und mehr oder weniger kunstvolle schwarze Schatten auf Wangen und Lidern. Das Einzige, was noch an den Schleier der Vergangenheit erinnert, ist der fest um den Kopf gewickelte seidene Schal, aber er wird so kunstvoll gelegt, seine Farben sind so geschmackvoll und unauffällig, dass er wie ein europäischer Seidenhut wirkt, der das Gesicht wirkungsvoll umrahmt. Ueberall begegnet man heute der modernen Türkin. Sie sitzt am Steuer ihres eigenen Wagens, sie liest die Zeitungen und raucht ihre Zigarette in den Cafés, sie besucht die Hörsäle der Universitäten. Deshalb wird mancher Fremde, der staunend diese Wandlung innerhalb der letzten Jahre wahrnimmt, versucht sein, zu glauben, dass dieses äussere Bild nichts anderes sei als der Ausdruck einer tiefgehenden inneren Revolution, einer vollkommenen Umwandlung im Leben der Frau.

Diese Revolution ist zweifellos vorhanden. Sie begann in dem Augenblick, als das absolute Herrschertum des letzten Sultans zerschlagen war, als der Harem sich öffnete und der Schleier, das Symbol jahrhundertelanger Abgeschlossenheit der Frau vom öffentlichen Leben, verschwand. Wenn man jedoch tiefer hineinsieht, nicht nur in das Leben einer kleinen Oberschicht türkischer Frauen, sondern in die täglichen Gewohnheiten des Durchschnitts oder gar jener Frauen, die heute noch in entsetzlichster Armut, Unbildung und Abgeschlossenheit in ihren baufälligen Lehmhütten hausen, der wird sich bald darüber klar werden, dass diese Revolution erst in ihren ersten Anfängen steckt. Denn nur eine ganz verschwindend kleine Anzahl von Frauen hat die geistige Wandlung dieser Zeitperiode wirklich erfasst; nur ein winziger Prozentsatz ist in irgend einer Form geistig tätig. Der Durchschnitt hat die Wandlung nur äusserlich miterlebt.

Gewiss - auch hier gibt es Ausnahmen: Frauen, die in ihrem kleinen, mit europäischen Möbeln ausgestatteten Wohnzimmer oder gar Salon mit Hilfe guter Bücher aus der gesamten Weltliteratur sich wirklich eine Art von geistigem Reich aufgebaut haben. Aber diese Ausnahmen bestätigen eben nur die Regel. Weit aus die meisten Frauen müssen erst langsam Fuss fassen, müssen sich innerlich klar darüber werden, was diese Umgestaltung für sie als Frauen auch wirklich bedeutet. Für viele dieser Beamtenfrauen oder Gattinnen von Kaufleuten und höheren Angestellten ist heute das grosse Ereignis ihres Lebens der Besuch einer Bar, in der bis in die Frühe getanzt wird, der Eintritt in irgend eines der modernen europäischen Vergnügungsorte, von denen sie einst streng ausge-

schlossen waren. Die europäische "Kultur" ist für sie damit erschöpft. Sie sind arme, wurzellose Geschöpfe, die den Zusammenhang mit der Vergangenheit zwar äusserlich gelöst haben, die aber innerlich genau so unselbständig, so gefühllos, so betont und unausgefüllt sind wie einst. Das patriarchalische Moment, das äusserlich scheinbar verschwunden oder doch immer mehr im Schwinden begriffen ist, übt geistig und seelisch noch seine alte, furchtbare Macht aus.

Dieser Eindruck vertieft sich, wenn man einen Blick in die hygienischen und sozialen Verhältnisse der türkischen Proletarierin wirft. Gewiss gibt es auch hier unendlich viele Abstufungen, vor allem, wenn man die Verhältnisse der europäischen Türkei und Anatoliens einander gegenüberstellt. Durchschnittlich aber ist das Bild traurig und niederdrückend. In den winzigen, verwahrlosten Wohnungen ein unbeschreiblicher Schmutz. Bei Krankheitsfällen noch der alte Dämonenglaube der Vergangenheit, der sich in allen möglichen Formen auswirkt. Statt des Arztes wird der Kranke von irgend einem heilkundigen Nachbarn behandelt, oder aber - ein häufiges Bild in den Moscheen - ein Priester haucht das Kind an und murmelt Zauberformeln, während die Mutter mit starrem, wie hypnotisiertem Gesichtsausdruck dem Vorgange folgt. Ueber allem aber schwebt das Leitwort der mohammedanischen Religion, das einem so oft entgegengehalten wird, gerade von Frauen: "Allah will es so. Allah wird es ändern. Ändert er es nicht, was wollen dann wir, was können dann wir?"

Trotz dieser Tatsachen haben wir jedoch keinen Grund, den Weg, den die Türkin der Gegenwart geht, mit Pessimismus oder Ungeduld zu verfolgen. Denn dieser Weg ist schwer und von unzähligen Hindernissen erfüllt, von denen sich die Europäerin kaum einen Begriff machen kann. Er ist eng mit dem Wege des türkischen Proletariats verflochten, der ebenfalls heute noch mit den ungeheuren Kräften einer furchtbaren Vergangenheit zu ringen hat. Was Jahrhunderte verschuldet haben, das können ein paar Jahre nicht auslöschen. Schon bestehen heute in der Türkei die Anfänge einer gewerkschaftlichen Vereinigung. Auch die Frau wird den Geist dieser die Welt umspannenden Bewegung sozialistischen Geistes in sich aufnehmen und die Form des Gesetzes, das ihr die Revolution brachte, mit eigenem Denken und Handeln erfüllen.

E.M.

Sommerabend in der Seufzer-Allee.^x

Was ist eine Seufzer-Allee? - Am Rendezvousplatz - Selige Zweisamkeit -
Ich schnitt es gern in alle Rinden ein....

SPD. Jede Stadt hat ihre Seufzerallee. Was eine Allee ist, weiss wohl jedermann: An der Strasse stehen Bäume und dazwischen Zwischenräume.

Das ist eine Allee.

Aber eine Seufzerallee? Da ist's mit den Bäumen allein nicht getan. Sie sind zwar notwendig, weniger wegen des Schattens, den sie spenden, als vielmehr wegen des Lichtes, das sie abhalten. Unentbehrlich aber sind in der Seufzer-Allee die mit Recht so beliebten Sitzbänke. Die Zwischenräume zwischen den Bäumen sind kein unbedingtes Erfordernis. Im Gegenteil! Je dichter die Bäume stehen und je mehr Unterholz dazwischen wächst, umso besser für die besonderen Bedürfnisse der Seufzerallee. Diese Allee braucht überhaupt keine Allee zu sein. Die Grünanlagen der Stadt, der Stadtwald oder ein kleiner Hain erfüllen den gleichen Zweck.

Man darf aber nicht glauben, dass der Name Seufzerallee daher kommt, dass alte Klageweiber von 49 Jahren und darüber dort mit ihrem Jammern und Seufzen die Luft erfüllen. Keineswegs. Die Seufzerallee hat ihren Namen ganz wo anders her. Das hängt mit dem Frühling, mit der Liebe und so zusammen.

Junge Liebesleute küssen ja nicht nur. Wissende haben mir verraten, dass es auch so etwas wie Liebes-Seufzer geben soll, die sich liebesgeschwellten Mädchenherzen wohlig entringen. Und weil sich echte und wahre Liebe nicht auf dem Markte zur Schau stellt, sondern sich verschämt in stille Winkel, in dunkle Alleeen und verlorene Waldwege verkriecht, deshalb hat man die von Liebesleuten bevorzugten Wege "Seufzeralleen" benannt.

Am Uhrtürmchen ist Rendezvous-Platz.

Vom Mai bis zum August kann man abends, wenn es schon nicht mehr ganz hell, aber auch noch nicht duster ist, die sehnsüchtig Wartenden beobachten. Im Mai sind sie alle sehr pünktlich. Je weiter es in den Sommer hineingeht, desto länger lassen die Kavaliere ihre Damen auf sich warten. Im Sommer ist die Liebe nicht mehr so stürmisch, wie sie im Mai war; manches Geheimnis ist schon gelüftet, manches Knöspchen schon gepflückt.....

Im Juli kommt es zuweilen schon vor, dass eine der holden Schönen von ihrem Galan "versetzt" wird. Dann macht "Sie" mit einer wütenden Körperbewegung kehrt - man darf ihr nicht zu nahe kommen, sonst setzt es einen Rippenstoss - und die Verschmähte trollt ärgerlich heimwärts und wendet ihre Schritte nur da wieder der Seufzerallee zu, wenn sich ihr unterwegs von ungefähr ein anderer Kavaliere beigezelt hat. Um den ausgebliebenen Ungetreuen zu ärgern, geht "Sie" jetzt mit dem andern...

Schlendert man durch das lauschige Grün der Seufzerallee, alias Stadtwald oder Glacis-Anlagen, dann wird man auf den wohlgepflegten Wegen zunächst gar nicht gewahr, dass diese Gegend dem pfeilbewehrten Amor geweiht ist. Der Kenner schwenkt deshalb gar bald vom breiten Weg - den bekanntlich nur die Tugend wandelt - ab und schlägt sich seitwärts in die Büsche.

O, was gibt es da für lauschige Plätzchen, was für herrliche, sich verschwiegen durch Büsche schlängelnde Wege! Und wie lauschig lässt sich da plaudern, Arm in Arm mit "Ihr", oder die Rechte um die Hüfte der Liebsten geschlungen, die Linke, ich weiss nicht wo....

Heisses Liebesgeflüster, innige Seufzer und lange, nicht enden wollende, atemberaubende Küsse werden da getauscht....

Wer einmal einen Sommerabend dort verbrachte, der versteht den Eifer, mit dem unsre Stadtväter auf die Pflege dieser Liebesgeweihten Stätte bedacht sind. In seliger Rückerinnerung an köstliche Liebeserlebnisse in ihrer - ach so weit zurückliegenden - Jugend sorgen sie dankbar dafür, dass Amors Reich in gutem Stand erhalten wird. Es ist ihnen heilig; auch sie wandelten dort zu ihrer Zeit verschwiegene Wege....

Heute allerdings bevorzugen sie die breiten Wege der Tugend.

Man kann nicht einen ganzen Sommerabend auf laubüberdachten Wegen wandeln, selbst wenn man das herzigste kleine Mädlein bei sich hat. Man muss sich auch einmal hinsetzen und ausruhen, und vielleicht gerade dann, wenn man nicht allein ist. Bänke sind genug da. Aber es gibt auch Naturbegeisterte, die sich lieber zu Mitter Grün auf die Erde niederlassen. Das mag zwar manche Nachteile haben, hat aber auch vielerlei Vorzüge. Und die bequeme Lehne, die eine Bank bietet, kann ja allenfalls durch einen Baumstamm ersetzt werden. Schliesslich ist man auch viel weniger der Beobachtung ausgesetzt, als auf einer Bank, wo man immer mehr oder weniger auf dem Präsentierteller sitzt. Denn selbst auf dem verschwiegensten Weg ist man nie sicher, ob nicht dort dieser oder jener vorbei kommt, der gerade die abendliche Einsamkeit unter Bäumen liebt.

Einsamkeit ist ein gut Ding für Leute, die sich selbst genügen. Aber junge Liebe ist mitteilbarer und zieht die selige Zweisamkeit vor.

schlossen waren. Die europäische "Kultur" ist für sie damit erschöpft. Sie sind arme, wurzellose Geschöpfe, die den Zusammenhang mit der Vergangenheit zwar äusserlich gelöst haben, die aber innerlich genau so unselbständig, so gefühlbetont und unausgefüllt sind wie einst. Das patriarchalische Moment, das äusserlich scheinbar verschwunden oder doch immer mehr im Schwinden begriffen ist, übt geistig und seelisch noch seine alte, furchtbare Macht aus.

Dieser Eindruck vertieft sich, wenn man einen Blick in die hygienischen und sozialen Verhältnisse der türkischen Proletarierin wirft. Gewiss gibt es auch hier unendlich viele Abstufungen, vor allem, wenn man die Verhältnisse der europäischen Türkei und Anatoliens einander gegenüberstellt. Durchschnittlich aber ist das Bild traurig und niederdrückend. In den winzigen, verwahrlosten Wohnungen ein unbeschreiblicher Schmutz. Bei Krankheitsfällen noch der alte Dämonenglaube der Vergangenheit, der sich in allen möglichen Formen auswirkt. Statt des Arztes wird der Kranke von irgend einem heilkundigen Nachbarn bedient, oder aber - ein häufiges Bild in den Moscheen - ein Priester haucht das Kind an und murmelt Zauberformeln, während die Mutter mit starrem, wie hypnotisiertem Gesichtsausdruck dem Vorgange folgt. Ueber allem aber schwebt das Leitwort der mohammedanischen Religion, das einem so oft entgegengehalten wird, gerade von Frauen: "Allah will es so. Allah wird es ändern. Ändert er es nicht, was wollen dann wir, was können dann wir?"

Trotz dieser Tatsachen haben wir jedoch keinen Grund, den Weg, den die Türkin der Gegenwart geht, mit Pessimismus oder Ungeduld zu verfolgen. Denn dieser Weg ist schwer und von unzähligen Hindernissen erfüllt, von denen sich die Europäerin kaum einen Begriff machen kann. Er ist eng mit dem Wege des türkischen Proletariats verflochten, der ebenfalls heute noch mit den ungeheuren Kräften einer furchtbaren Vergangenheit zu ringen hat. Was Jahrhunderte verschuldet haben, das können ein paar Jahre nicht auslöschen. Schon bestehen heute in der Türkei die Anfänge einer gewerkschaftlichen Vereinigung. Auch die Frau wird den Geist dieser die Welt umspannenden Bewegung sozialistischen Geistes in sich aufnehmen und die Form des Gesetzes, das ihr die Revolution brachte, mit eigenem Denken und Handeln erfüllen.

E.M.

Sommerabend in der Seufzer=Allee.^x

Was ist eine Seufzer=Allee? - Am Rendezvousplatz - Selige Zweisamkeit -
Ich schnitt es gern in alle Rinden ein....

SPD. Jede Stadt hat ihre Seufzerallee. Was eine Allee ist, weiss wohl jedermann: An der Strasse stehen Bäume und dazwischen Zwischenräume.

Das ist eine Allee.

Aber eine Seufzerallee? Da ist's mit den Bäumen allein nicht getan. Sie sind zwar notwendig, weniger wegen des Schattens, den sie spenden, als vielmehr wegen des Lichtes, das sie abhalten. Unentbehrlich aber sind in der Seufzer=Allee die mit Recht so beliebten Sitzbänke. Die Zwischenräume zwischen den Bäumen sind kein unbedingtes Erfordernis. Im Gegenteil! Je dichter die Bäume stehen und je mehr Unterholz dazwischen wächst, umso besser für die besonderen Bedürfnisse der Seufzerallee. Diese Allee braucht überhaupt keine Allee zu sein. Die Grünanlagen der Stadt, der Stadtwald oder ein kleiner Hain erfüllen den gleichen Zweck.

Man darf aber nicht glauben, dass der Name Seufzerallee daher kommt, dass alte Klageweiber von 49 Jahren und darüber dort mit ihrem Jammern und Seufzen die Luft erfüllen. Keineswegs. Die Seufzerallee hat ihren Namen ganz wo anders her. Das hängt mit dem Frühling, mit der Liebe und so zusammen.

Junge Liebesleute küssen ja nicht nur. Wissende haben mir verraten, dass es auch so etwas wie Liebes=Seufzer geben soll, die sich liebesgeschwellten Mädchenherzen wohlighen entringen. Und weil sich echte und wahre Liebe nicht auf dem Markte zur Schau stellt, sondern sich verschämt in stille Winkel, in dunkle Alleen und verlorene Waldwege verkriecht, deshalb hat man die von Liebesleuten bevorzugten Wege "Seufzeralleen" benannt.

+ + +

Am Uhrtürmchen ist Rendezvous=Platz.

Vom Mai bis zum August kann man abends, wenn es schon nicht mehr ganz hell, aber auch noch nicht duster ist, die sehnsüchtig Wartenden beobachten. Im Mai sind sie alle sehr pünktlich. Je weiter es in den Sommer hineingeht, desto länger lassen die Kavaliere ihre Damen auf sich warten. Im Sommer ist die Liebe nicht mehr so stürmisch, wie sie im Mai war; manches Geheimnis ist schon gelüftet, manches Knöspchen schon gepflückt.....

Im Juli kommt es zuweilen schon vor, dass eine der holden Schönen von ihrem Galan "versetzt" wird. Dann macht "Sie" mit einer wütenden Körperbewegung kehrt - man darf ihr nicht zu nahe kommen, sonst setzt es einen Rippenstoss -, und die Verschmähte trollt ärgerlich heimwärts und wendet ihre Schritte nur da wieder der Seufzerallee zu, wenn sich ihr unterwegs von ungefähr ein anderer Kavaliere beigezelt hat. Um den ausgebliebenen Ungetreuen zu ärgern, geht "Sie" jetzt mit dem andern...

+ + +

Schlendert man durch das lauschige Grün der Seufzerallee, alias Stadtwald oder Glacis=Anlagen, dann wird man auf den wohlgepflegten Wegen zunächst garnicht gewahr, dass diese Gegend dem pfeilbewehrten Amor geweiht ist. Der Kenner schwenkt deshalb gar bald vom breiten Weg - den bekanntlich nur die Tugend wandelt - ab und schlägt sich seitwärts in die Büsche.

O, was gibt es da für lauschige Plätzchen, was für herrliche, sich verschwiegen durch Büsche schlängelnde Wege! Und wie lauschig lässt sich da plaudern, Arm in Arm mit "Ihr", oder die Rechte um die Hüfte der Liebsten geschlungen, die Linke, ich weiss nicht wo....

Heisses Liebesgeflüster, innige Seufzer und lange, nicht enden wollende, atemberaubende Küsse werden da getauscht....

Wer einmal einen Sommerabend dort verbrachte, der versteht den Eifer, mit dem unsre Stadtväter auf die Pflege dieser Liebesgeweihten Stätte bedacht sind. In seliger Rückerinnerung an köstliche Liebeserlebnisse in ihrer - ach so weit zurückliegenden - Jugend sorgen sie dankbar dafür, dass Amors Reich in gutem Stand erhalten wird. Es ist ihnen heilig; auch sie wandelten dort zu ihrer Zeit verschwiegene Wege....

Heute allerdings bevorzugen sie die breiten Wege der Tugend.

+ + +

Man kann nicht einen ganzen Sommerabend auf laubüberdachten Wegen wandeln, selbst wenn man das herzigste kleine Mädlein bei sich hat. Man muss sich auch einmal hinsetzen und ausruhen, und vielleicht gerade dann, wenn man nicht allein ist. Bänke sind genug da. Aber es gibt auch Naturbegeisterte, die sich lieber zu Mitter Grün auf die Erde niederlassen. Das mag zwar manche Nachteile haben, hat aber auch vielerlei Vorzüge. Und die bequeme Lehne, die eine Bank bietet, kann ja allenfalls durch einen Baumstamm ersetzt werden. Schliesslich ist man auch viel weniger der Beobachtung ausgesetzt, als auf einer Bank, wo man immer mehr oder weniger auf dem Präsentierteller sitzt. Dann selbst auf dem verschwiegensten Weg ist man nie sicher, ob nicht dort dieser oder jener vorbei kommt, der gerade die abendliche Einsamkeit unter Bäumen liebt.

Einsamkeit ist ein gut Ding für Leute, die sich selbst genügen. Aber junge Liebe ist mitteilbarer und zieht die selige Zweisamkeit vor.

+ + +

Die Seufzerallee trägt manches Zeichen ihrer Bestimmung. Man muss einmal bei Tage die von Pärchen bevorzugten stillen Winkel aufsuchen; dann kann man in der Rinde manches ehrwürdigen Baumes ganze Liebesromane lesen.

Zwei Buchstaben inmitten eines schwungvoll eingeritzten Herzens und ein Pfeil quer durch. An einem andern Baume sind zwei ineinandergeschlungene Ringe und gleich darunter hat eine von Liebeskummer zerrissene Seele ein Herz in den Baum eingeschnitten, das mitten entzwei gebrochen ist. Daneben steht in schönen Antiquabuchstaben: "Warum?"....

Es ist merkwürdig, wie die Liebe ihre Jünger und Jüngerinnen drängt, ihre Empfindungen den Bäumen anzuvertrauen. Es ist heute noch genau so wie einst:
Ich schnitt es gern in alle Rinden ein,
Ich grub' es gern in jeden Kieselstein:
Dein ist mein Herz und soll es ewig bleiben.

Fix.

Die geschändete Rose.X

SPD. Hans Petersen hatte schon als vierzehnjähriger Junge ein Gesicht wie ein Alter. Wir nannten ihn daher nur Ohlemann und hatten seinen andern Namen bald vergessen. Ohlemann hatte einen Vater, der immer betrunken war, eine Mutter, die die Schwindsucht hatte, und vier Geschwister: einen Bruder und drei Schwestern. Ohlemann war der älteste der Geschwister und musste seiner Mutter helfen den Unterhalt für die Familie zu beschaffen. Deshalb ging er an jedem Morgen, früh vor der Schulzeit, auf den Markt und schleppte da die schweren Körbe mit Gemüse, Kartoffeln, Obst und, wenn die Zeit danach war, auch Körbe mit blühenden Blumen. Dafür bekam er dann einige Pfennige, und steuerte diese dem Haushalt bei. Trotzdem war Ohlemann der begabteste Schüler in der Klasse, und manches Mal strich ihm der Lehrer Ensemann anerkennend über den struppigen Kopf.

Eines Tages hatte Ohlemann auf dem Markt eine schöne Rose gefunden. Die Knospe war halb aufgeschlossen, und die roten Blütenblätter kamen scheu aus der grünen Hülle. "Für meine Mutter", hatte er kurz bestimmt gedacht, als er sie aus dem Schmutz des Marktes aufhob und an sich nahm. Der Marktwächter hatte, als er Ohlemann mit der Rose gesehen hatte, anfangs gedacht, ob der Junge die Rose auch nicht gestohlen hätte. Als er jedoch den Jungen angesehen hatte, war er beruhigt und liess Ohlemann unbehelligt.

In der Schule hatte Ohlemann sich einen Emaille=Becher vom Schulwart erbettelt, Wasser hineingetan und dann die Blume in das Klassenfenster gestellt. Das Ereignis, dass er, der arme Ohlemann, eine blühende, schöne Rose hatte, machte ihn ganz froh und lebhafter als sonst, sodass der Lehrer Ensemann ihm wiederholt mahnend die aufgeregten Hände auf den Tisch drückte. Ohlemann war glücklich, selten glücklich. Immer wieder dachte er daran, wie sehr sich seine Mutter über die Rose, die er aus dem Staube aufgenommen hatte, freuen würde.

In der vierten Stunde hatte die Klasse botanischen Unterricht. Der Lehrer Mickemann, in die wissenschaftliche Trockenheit eines Gelehrsamens verliebt, betrat die Klasse. "Oh, da ist ja eine Rose!" - Er ging zum Fenster, nahm ohne weiteres die Blume an sich und fuhr dann fort: "Nun, Kinder, wir können heute einmal über die Rose sprechen!" Er legte die Blume vor sich auf das Pult und fragte: "Kinder, wie nennt man eine Rose?"

"Sie ist die Königin der Blumen!" schrie Ohlemann begeistert und vorlaut in die Klasse.

"Ich werde Dir einen Tadel anschreiben, Ohlemann. Du hast nichts zu reden, ohne gefragt zu sein!"

Ohlemann war starr und duckte sich erschreckt auf seine Holzbank. Wehr=

los und eingeschüchtert starrte er zum Lehrer Mickemann, der sich vor die Klasse hingestellt hatte und anfang zu dozieren. "Hier seht ihr, das Grüne hier - also hier seht ihr die Deckblätter. Was seht Ihr, Fritz Müller?"

Der aufgerufene Knabe antwortete laut und mechanisch: "Die Deckblätter, Herr Mickemann!"

Dann zupfte Herr Mickemann der Rose die Blütenblätter aus, erklärte Staubgefässe, Stempel und den Fruchtknoten, bis er endlich die ganze Rose zerzaust und zerzupft hatte und mit seiner Dozierung zu Ende war. Dann sagte er laut und vernehmlich. "Also, Kinder, wir wiederholen. Was haben wir in dieser Stunde gehabt? Ohlemann, schlaf nicht! Ohlemann, aufstehen, du Schläfer; was haben wir gehabt?"

Ohlemann riss seine müden, erfahrenen Kinderaugen noch weiter auf. Er wusste ganz genau, er müsste etwas ganz Ungehöriges sagen, und dafür würde er hinterher verhauen werden. Aber er konnte nicht anders. Trauer und Groll pressten ihm die kleine Kehle zu und schluchzend stotterte er hastig gegen den Lehrer: "Ich habe eine rote Rose gehabt. Herr Lehrer Mickemann hat sie ganz zer-rissen. Ich habe keine rote Rose für meine Mutter mehr!" Dabei schluchze er noch einmal auf und liess sich dann schwer auf den Tisch fallen.

Der Lehrer Mickemann starrte den Jungen ganz entsetzt an. Verständnislos rief er sich die Worte noch einmal in das Gedächtnis zurück. Dann holte er den Jungen aus der Bank und drosch wild auf ihn ein.

Ohlemann aber weinte nicht mehr. Stumpf und teilnahmslos liess er alles über sich ergehen.

Alfred Thieme.

Der Sport im Entwicklungsalter.^x

SPD. Gerade in der Zeit, da der jugendliche Körper in seinem Wachstum wie in seinem Chemismus eine Revolution durchzumachen hat, wie sie in gleicher Intensität nicht noch einmal im Leben vorkommt, ist sorgfältige Auswahl der eben für diese Altersstufe geeigneten Sportarten eine der wichtigsten Forderungen im Rahmen des Erziehungsplanes. So bedenklich es ist, den Jugendlichen in der Zeit der Pubertät von körperlichen Anstrengungen fernzuhalten, in der falschen Anschauung, man müsse ihn in dieser kritischen Epoche in jeder Weise schonen (man erreicht mit solch verkehrter Nachricht im besten Falle nichts anderes als verdöstes Träumertum), so eindringlich ist auf der anderen Seite vor Ueberanstrengungen zu warnen. In den Lebensjahren, in denen die inneren Organe, vornehmlich Herz und Lunge, ihr stärkstes Wachstum zeigen, also einer dauernden Veränderung unterworfen sind, kann sich ein Zuviel an körperlicher Tätigkeit mit irreparablen Schäden für die Dauer des ganzen Lebens rächen.

Springen und kurze Dauerläufe, auf keinen Fall aber längerwährende Wettläufe, sind diesem Alter angemessen. Reichliche Freiübungen trainieren den Atemapparat und veranlassen eine gute Körperhaltung, die so oft, namentlich von schnell wachsenden Jugendlichen, vernachlässigt wird. Baden und Schwimmen sollten einen weiten Raum im Sportprogramm des Pubertätsalters einnehmen. Gerade diese beiden Sportarten eignen sich vorzüglich dazu, den leicht übermässig sich geltend machenden Geschlechtstrieb in die Schranken des Normalen zurückzuweisen. Doch ist beim Baden und Schwimmen besonders vor Uebertreibungen zu warnen, da der Jugendliche oft einfach nicht aus dem Wasser zu bekommen ist und lieber stundenlang vor Frost blau anläuft. Die Rückwirkung auf das Herz und die Lungen kann geradezu katastrophal werden.

Der mit Recht in diesem Alter so oft gerpigten "Latschigkeit" ist am besten durch Gelenkigkeitsübungen zu begegnen, wie sie in grosser Mannigfaltigkeit im Geräteturnen geboten werden. Hierbei sind unbedingt alle statischen

Übungen zu unterlassen, wie auch selbstredend alles, was in das Gebiet der Schwerathletik fällt. Dagegen sind in umfangreicher Masse Spiele im Freien zu betreiben. Schlagball, Völkerball, Fussball, Golf (Tamburinball und Tennis für die Mädchen, die durchaus auch im Sport gesellschaftsmässig bleiben wollen) - kurz alle Ballspielarten empfehlen sich schon durch den Zwang des Aufenthalts im Freien. Dass diese Spiele nebenbei Kampfspiele sind, ist aus erzieherischen Gründen zu begrüssen. So fördern sie Tatkraft, Selbstdisziplin und Schnelligkeit des Entschlusses.

An oberster Stelle jedoch steht sicherlich das Wandern. Frische Luft und Sonnenschein, Waldgeruch und das Baden an geeigneten Plätzen geben der verkümmerten Stadtpflanze wieder die naturgeborene Gesundheit zurück. Eingeweichte wollen wissen, dass eine Wanderung selbst dann gesundheitsfördernd wirkt, wenn man keine Mandoline bei sich hat. Bei längerem Aufenthalt im Freien steigt die Zahl der roten Blutkörperchen stark an; die Verbrennungstintensität des Körpers wird ausserordentlich gesteigert und damit den im Entwicklungsalter oft blutarmen und bleichsüchtigen Individuen Lebensfrische und Arbeitsfähigkeit wieder geschenkt.

Zu solchen Körperübungen gehört natürlich auch eine entsprechende Lebensweise. Wenn die Sandale und der Schillerkragen auch nicht gerade überall und immer erfreuliche Erscheinungen sind, so wirken auf der anderen Seite ein geckenhafter Portokassenkavalier mit Shimmyschuhen oder eine Wasserstoff-superoxydjungfrau mit sieben Zentimeter hohen Absätzen bestimmt nicht weniger lächerlich als ein Urwaldaffe mit rotem Frack. Die Jugend, die heute die Tanzlokale bevölkert, sich auf Rummelplätzen herumtreibt, das Zigarettenrauchen als Rekordangelegenheit betrachtet und zu dem Götzen "Tagesmode à la Kintopp" betet, kümmert sich auch nicht um den wahren Sport. Gott sei Dank nicht! Wir wollen's auch gar nicht. Die Rasse braucht beileibe keine Kräftigung. Besser: sie stirbt ab - in ihrer Fassung wenigstens. Je eher, desto besser!

SPD. Das Vorrecht der alten Damen.^x Der Direktor des Brüsseler Operettentheaters "Colosseum" hat kürzlich nach vielen schlaflosen Nächten ein gewichtiges Problem gelöst, das auch den Zuständigen anderer Länder zur Nachahmung empfohlen werden kann. Die weiblichen Besucher des Musentempels waren trotz Mahnung und Polizeivorschrift nicht dazu zu bewegen gewesen, ihren kostbaren Kopfschmuck während der Vorstellung abzulegen, und hemmten dadurch den ungestörten Kunstgenuss der anderen Zuschauer, die nicht so sehr die Damenhüte als lieber die Vorgänge auf der Bühne bewundern wollten. Eines Abends liess der verzweifelte Theaterunternehmer folgende Worte auf den Reklamevorhang projizieren: "Älteren Damen ist es gestattet, Ihre Hüte auch im Zuschauerraum aufzubehalten!" - Am nächsten Abend war die - - Garderobe ausverkauft, und kein einziger Damenhut störte den Verlauf der Vorstellung.

SPD. Haustiere in der Steinzeit.^x Der Stammvater unsres Haushundes soll der Schakal sein, der im südöstlichen Europa und in Afrika zu Hause ist. Der Hund war Haustier schon in der ältern Steinzeit. Als andere Haustiere kamen in der jüngern Steinzeit die Ziege, das Schaf, das Schwein und das Rind hinzu. Das Pferd fehlte damals.

Deutscher Reichstag

202. Sitzung vom 17. Juli, 12 Uhr.

SPD. Präsident Löbe weist bei Eröffnung der Sitzung auf die Veröffentlichung der beiden Notverordnungen der Regierung zur Deckungsfrage hin und teilt mit, dass von den Sozialdemokraten ein Antrag auf Aufhebung beider Verordnungen und ausserdem ein Misstrauensantrag gegen die Reichsregierung eingegangen sei.

Die zweite Beratung des Osthilfegesetzes wird dann fortgesetzt.

Abg. Behrens (Chr. Sozial) betont, die Not des Ostens sei nicht nur eine Wirtschaftsfrage, sondern auch ein soziales und kulturelles Problem. Die Siedlung im Osten müsse gefördert werden, aber die Voraussetzung sei eine Senkung der viel zu hohen Baustoffpreise. Die Regierung müsse einmal einschreiten gegen die unsoziale Preispolitik der Konzerne auf diesem Gebiet. Für die Strassenbauten müsse deutsches Material verwandt werden. Im Osten müsse die Landarbeiterfrage anders behandelt werden als bisher, damit die Ostflucht der Landarbeiter ein Ende nehme. Wenn der ostpreussischen Landwirtschaft geholfen werde, dann müsse auch der unzureichende Lohn der Landarbeiter verbessert werden.

Von den Kommunisten ist inzwischen ein Antrag auf Aufhebung der beiden Notverordnungen und ein Misstrauensantrag gegen den Reichskanzler eingegangen.

Abg. Dr. Pfleger (Bayr. Vp.) äussert etatsrechtliche Bedenken gegen die jetzt in Verbindung mit der Ostvorlage vorgesehene Etatisierung der Umschuldungskredite und gegen andere Bestimmungen des Gesetzes, beispielsweise gegen die Einrichtung eines besonderen Zweckvermögens. Die Osthilfe müsse die Tendenz verfolgen, aus Ostpreussen ein Baunerland zu machen. Der Geltungsreich der Osthilfe dürfe nicht nach geographischen Gesichtspunkten begrenzt werden. Die Ostgrenze Bayerns gegen die Tschechoslowakei sei nationalpolitisch ebenso gefährdet wie die preussische Grenze gegen Polen. Der arme bayerische Bauer habe auf Hilfe den gleichen Anspruch wie der ostpreussische Grossgrundbesitzer.

Abg. Jäcker (Soz.)

In dem Osthilfeprogramm war ursprünglich auch ein Betrag vorgesehen für die Umschulung von Arbeitskräften zu Landarbeitern. Dabei besteht in der Landwirtschaft schon eine gewaltige, durch die Rationalisierung ständig gestiegene Arbeitslosigkeit. Nach amtlicher Statistik standen 43.040 offene Stellen 148.680 arbeitslose Landarbeiter gegenüber. Mitte April, also auf dem Höhepunkt der Bestellung, waren 50.000 offene Stellen, aber 104.250 arbeitslose Landarbeiter in Ostpreussen vorhanden. In Schlesien waren am 31. Mai 9.250 Landarbeiter arbeitslos. Zur Zeit der vorjährigen Ernte meldete das Landarbeitsamt Pommern, dass vom 15. bis 21. August die arbeitssuchenden Landarbeiter nicht unterzubringen waren. Im Mai d.J. waren im Bezirk des Arbeitsamtes Königsberg 9.000 arbeitslose Landarbeiter vorhanden. Im Ausschuss erklärte Dr. Brauns (Ztr.), dass im Westerwald und Eichsfeld ganze Dörfer unter der Arbeitslosigkeit leiden. Auch Dienstboten sind nicht unterzubringen, im Januar waren in Mitteldeutschland 782 arbeitssuchende Dienstboten auf 387 offene Stellen gemeldet. Alle diese Landarbeiter legen infolge der ungünstigen Wirtschaftssituation die Karenzzeit nicht zurück und erhalten daher keine Arbeitslosenunterstützung. Trotz alledem werden weit über 110.000 polnische Landarbeiter beschäftigt. (Hört! Hört! links) Allein in Ostpreussen wurden 5.075 legitimierte ausländische Arbeiter, 4.430 mit Befreiungsscheinen gezählt, aber mindestens 3.500 waren Schwarzarbeiter. Während also Ostpreussen 15.000 arbeitslose Landarbeiter hat, werden dort 12.000 ausländische Arbeiter beschäftigt. Wenn einmal ein Unternehmer wegen vorschriftswidriger Beschäftigung nicht legitimierter ausländischer Arbeiter vor Gericht kommt, so glaubt man seinen albern-

sten Ausreden und verurteilt ihn zu lächerlich geringer Strafe, während ihn die Legitimierung dieser Arbeiter ein Vielfaches davon kosten würde.

Wir fordern, dass auf dem Lande auch Mietwohnungen für Landarbeiter errichtet werden, denn jungverheiratete Landarbeiter haben noch nicht die Gelder um Eigenheime oder Siedlungshäuser zu erwerben. Viele werden durch den Mangel menschenwürdiger Mietwohnungen vom Lande abgedrängt. Das Lohnniveau ist erschreckend niedrig, Familienväter erhalten in der ostpreussischen Landwirtschaft etwa 35 Pfennig die Stunde, in den übrigen Ostprovinzen 38 bis 39 Pfennig, jugendliche aber schon voll arbeitsfähige Arbeiter unter 18 Jahren 18 bis 23 Pfennig die Stunde (Hört! Hört! bei den Soz.) Dank dieser Entlohnung gibt es Tausende Landarbeiter, die sich nicht ordentlich bekleiden können, es besteht Mangel an Wäsche für die Kinder und an Bettwäsche. Die Lohnforderungen des Deutschen Landarbeiterverbandes in Ostpreussen sind mit der Drohung wesentlicher Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und starker Lohnherabsetzung der Schweizer beantwortet worden. Hunderte Prozesse wegen Arbeitermisshandlung geführt, aber nur ein geringer Teil der Misshandlungen kommt wirklich vor Gericht.

Wir fordern, dass aus der Osthilfe kein Unternehmer etwas erhält, der den Arbeitern nicht einen Lohn zahlt, der ihnen und ihren Familien das Leben auf dem Lande ermöglicht. Wir fordern, dass kein Unternehmer Reichsmittel erhält, der seine Arbeiter misshandelt, und wir fordern, dass ausländische Arbeiter nicht zugelassen werden, solange noch deutsche Arbeiter arbeitslos sind. Die Erfüllung dieser Forderungen wäre auch ein Stück Osthilfe, und nicht das schlechteste. (Lebh. Beifall der Soz.)

Abg. Neumann (Z): Abg. Hergt hat uns zu Unrecht vorgeworfen, dass wir den Grossgrundbesitz zerschlagen wollten. Gegen die Betriebsfähigkeit vieler Grossgüter spricht aber die von Abg. Rönneburg mitgeteilte Tatsache, dass von 86 Millionen Umschuldungskrediten bereits 60 Millionen hauptsächlich durch Konkurs von Grossbesitzern wieder verloren sind. Die Beseitigung des Polnischen Korridors muss in unseren aussenpolitischen Verhandlungen immer wieder gefordert werden. (Beifall rechts).

Abg. Mentzel (Dnat) verlangt Ausdehnung der Osthilfe auf ganz Pommern und protestiert gegen angebliche Tendenzen der Preussenregierung, den staatlichen Siedlungsstellen auch Maschinenhandelsabteilungen anzugliedern.

Abg. Putz (Kom) schildert die Not der ostpreussischen Kleinbauern und Siedler und kritisiert den privaten Luxus der Grossgrundbesitzer. Die Siedlungsförderung steht nicht im Mittelpunkt des Ostprogramms, sondern die Subvention des Grossgrundbesitzes. Die K.P.D. verlange die Vorlage des Pachtenschutzgesetzes. Die Grüne Front müsse von der werktätigen Bauernschaft zerschlagen werden.

Abg. Lenner (Dem): Die niedrige und junkerlich demagogische Art der Polemik des Abg. Hergt gegen den Abg. Rönneburg, die unberechtigte Verdächtigung der Linken als agrarfeindlich schadet der Landwirtschaft. Auf Kosten der Steuerkraft des Volkes dürfen nicht gerade die Betriebe subventioniert werden, die sich keine Mühe geben, rentabel zu arbeiten und die Landarbeitererwerbslosigkeit durch Verwendung ausländischer Lohndrücker noch steigern.

Abg. Gandorfer (D. Bauernp.) begründet Abänderungsanträge zugunsten des ostbayerischen Gebiets.

Damit ist die Beratung geschlossen.

Angenommen werden von der Wirtschaftspartei beantragte Krediterleichterungen für die Binnenschifffahrt und die Ausdehnung des Vollstreckungsschutzes auf Betriebe in Handwerk, Handel und Gewerbe. Bei der Bildung der Landstellen sollen die Gläubiger- und Schuldnerverteter gutachtlich gehört werden. Im Übrigen wird die Vorlage in der Ausschussfassung in zweiter Beratung gegen Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des Milchgesetzes.

Abg. Mathilde Wurm (Soz.)

Wir hätten gewünscht, dass von dem Bereich dieses Gesetzes mehr der reichsgesetzlichen Regelung und weniger den Ausführungsbestimmungen der Länder überlassen worden wäre. Der § 36 verbietet Nachahmung von Milch und Milch-erzeugnissen zur Verwendung als Lebensmittel, ausser Margarine und daraus er-zeugtem Käse. Das erinnert an die früheren Massnahmen gegen die Erzeugung von Margarine. Diese hat aber inzwischen ihren Siegeszug angetreten und kein Mensch denkt mehr daran, etwas dagegen zu tun. Ein solches Verbot, wie es hier vorge-schlagen wird, kann die Landwirtschaft nur schädigen, indem es die Verwendung ihrer Produkte einschränkt. Es bestehen schon 7 Fabriken mit einer täglichen Verarbeitung von 100.000 bis 120.000 t Milch zu derartigen Produkten. Gerade die Verwendung der Magermilch ist eine Hauptsorge der grossen Molkereien, auch der städtischen. Wir beantragen, dieses Verbot aufzuheben und nur vorzuschrei-ben, dass auf dem Produkt angegeben sein muss, woraus es hergestellt ist, damit eine Täuschung des Käufers vermieden wird. Auf diese Weise wird der tech-nische Fortschritt nicht gehindert, an dem die Landwirtschaft das grösste In-teresse hat.

Die Rednerin spricht dann gegen einen Antrag, der Geldstrafen, die we-gen Verletzung der Vorschriften verhängt werden, nicht mehr den Untersuchungs-anstalten zufließen lassen will, die solche Verletzungen aufgedeckt haben. Dadurch würde der Bestand der wenigen derartigen Untersuchungsanstalten er-schwert werden. Die Sozialdemokraten wenden sich auch dagegen, dass in dem Gesetz Bestimmungen des Lebensmittelverkehrsgesetzes abgeändert werden. Im übrigen werde die Praxis zeigen, welche Aenderungen vielleicht erforderlich sein würden. (Beifall der Soz.)

Abg. Putz (Komm.): Die Ausführung des Milch-Gesetzes durch den Unter-ernährungsminister wird nur gegen die Verbraucher ausschlagen. Darum lehnen wir das Gesetz ab.

Präsident Juckenack (Reichsgesundheitsamt) bittet dringend, den § 36 nicht zu ändern. Die Erfahrungen der Nahrungsmittelkontrolle machten diese Bestimmung notwendig. Es wäre Unsinn, Kunstprodukte herzustellen, da genug Naturmilch erzeugt werde.

Reichsernährungsminister Schiele erklärt sich bereit, die Zuziehung von Preisausschüssen zur Festsetzung der Milchpreise vorzuschreiben.

Dies wird im § 37a gemäss einem sozialdemokratischen Antrag beschlos-sen. Auf Antrag der Regierungsparteien wird folgende Bestimmung in das Gesetz eingefügt: "Die auf Grund dieses Gesetzes auferlegten Geldstrafen sind nach näherer Anordnung der obersten Landesbehörden als Beihilfen für die Unterhal-tung der öffentlichen Anstalten zur Untersuchung von Lebensmitteln zu verwen-den". Sonst bleibt es im allgemeinen bei der Ausschussfassung. Auch der so-zialdemokratische Antrag zu § 36 wird abgelehnt.

Es folgt die zweite Beratung der Abänderung zum Reichsversorgungsgesetz, Altrentnergesetz und Verfahrensgesetz für Versorgungssachen. Die Redezeit wird auf 3/4 Stunden festgesetzt.

Abg. Sparrer (Dem.) gibt für die Regierungsparteien eine Zustimmungser-klärung zu den Novellen ab. Die Vorlagen seien staatspolitisch notwendig. Sie lehnten sich eng an die vom früheren Arbeitsminister Wissell vorbereite-ten Bestimmungen an.

Abg. Rossmann (Soz.):

Die beiden Gesetzentwürfe enthalten folgenschwere Eingriffe in die Rech-te der Kriegsbeschädigten. Aus der ständig wachsenden Zahl der Versorgungsbe-rechtigten hat die Regierung den Schluss gezogen, dass unberechtigte Ansprüche ausgeschlossen werden müssten. Es trifft zu, dass die Zahl der Kriegsbeschädig-ten vom vorigen Jahre von 724.000 auf 840.000 gestiegen ist. Diese Steigerung aber als Vergleichsbasis benutzen zu wollen, ist völlig falsch. Ursprünglich hatten wir nämlich nach dem Kriege 1,5 Millionen Kriegsbeschädigte. Der Rück-

gang auf die jetzige Ziffer beweist nur, dass schon eine ungeheure Zahl aus der Versorgung hergedrängt worden ist. Die Behauptung, die Siegerländer hätten kleinere Kriegsoferlasten und eine schlechtere Versorgung als wir, trifft nicht zu. Es beunruhigt uns selbst, dass im Jahre 1929 ein so grosser Zuwachs der Versorgungsberechtigten zu verzeichnen war, dass bei den Versorgungsämtern 180.000 Berufungsfälle und beim Reichsversorgungsgericht 35.000 unerledigte Sachen liegen. Aber zur Beseitigung dieses unerfreulichen Zustandes war nicht diese rigorose Verschlechterung der Versorgung nötig.

Die Einführung der zehnjährigen Ausschlussfrist für neue Kriegsschäden nimmt den Kriegsbeschädigten jedes Recht, jetzt noch auftretende Krankheiten und Leiden anzumelden. Wir wären bereit gewesen, das Verfahren zu vereinfachen die Zahl der Versorgungsanträge einzuschränken. Es ist aber unmöglich, nur noch das Schlüsselloch des Härteparagrafen für die neuen Versorgungsanträge offen zu lassen- Ob viel oder wenig neue Anträge gestellt werden ist nicht schuld der Kriegsofer, sondern des vierjährigen Krieges. Die Rechte der Menschen, die ihr ganzes Leben und ihren Körper für Deutschöand geopfert haben, haben allen Anspruch auf Berücksichtigung. Die zehnjährige Ausschlussfrist, die mit der Verkündung des Gesetzes rückwirkend in Kraft tritt, widerspricht jeder juristischen Definition einer Rechtsfrist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ebenso ungerechtfertigt ist der Eingriff in die Rechte der Kriegsbeschädigten, die nur zu 25% erwerbsunfähig waren und deswegen keine Rente erhielten, und derjenigen, die ihre gerichtlich festgestellten Ansprüche bisher nicht geltend gemacht haben, wenn ihnen die Erhebung neuer Ansprüche jetzt unmöglich gemacht wird.

Die hohen Pensionen will man als "wohlerworben" nicht kürzen. Da wirft man unserem Gesetzentwurf Konfiskationsabsicht vor - aber für die zehntausende Kriegsofer soll es keine wohlerworbenen Rechte geben, ebenso wenig in der Elternversorgung! Die Sozialdemokratie als grösste Fraktion des Hauses ist bereit zur Mitarbeit an der Nachprüfung der Versorgungsbestimmung und hat nur einige B3dingungen gestellt, die den Zweck der Nachprüfung nicht bedrohen, aber die Ansprüche der Kriegsofer schützen. Die Mehrheitsparteien haben uns aber nicht das geringste Entgegenkommen gezeigt. Wir wiederholen daher unsere Anträge im Plenum und werden Ihnen durch namentliche Abstimmung Gelegenheit geben, Ihre Haltung vor dem Lande zu vertreten. Sie können nicht den früheren Minister Wissell für einen Referentenentwurf verantwortlich machen, der seinerzeit ausgearbeitet wurde. (Gelächter der Kom) Was wollen Sie denn? Die russische Kriegsoferversorgung ist die schlechteste in der ganzen Welt. Der damalige Referentenentwurf wäre im Reichstag noch erheblich geändert worden; wir tragen keine Verantwortung dafür und ebenso wenig für den jetzt vorliegenden Entwurf, der das Vertrauen der Kriegsofer zum Staat erschüttert und den extremen Richtungen nützen und Verzweiflungsakte hervorrufen kann. Das letzte Wort über diese Novelle wird die Zukunft sprechen, in der wir alle Kraft daran setzen werden, diese Verschlechterungen wieder auszumerzen. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Gräf- Dresden (Komm.) bekämpft die Novellen. Es handele sich dabei um eine Entrechtung der Kriegsofer.

Abg. Frau Ansorge (Soz):

Schon die fünfte Novelle zum Versorgungsgesetz, die im Jahre 1927 verabschiedet wurde, hat die berechtigten Hoffnungen der Kriegsofer, besonders auf Verbesserung der Elternversorgung, schwer enttäuscht. In verstärktem Masse geschieht dies durch die jetzige sechste Novelle, die noch viel mehr Enttäuschungen bringt. Die Eltern von gefallenen Söhnen, denen die Arbeitskraft ihres Ernährers geraubt ist, müssen Ersatzrenten für diesen Verlust gegeben werden. Schon jetzt sind die Unterstützungssätze furchtbar niedrig, z.B. 15 Mark pro Monat (Hört! Hört! bei den Soz.) sogar mit einmaligen Unterstützungen von 150 - 160 Mark hat man diese Kriegsofer abfinden wollen. Kriegereltern, die um wenige Pfennige die Einkommensgrenze überschritten, wurde die

ganze Unterstützung verweigert, ja sogar Rückzahlung verlangt. Wenn ich dabei an die staatsertreuende Tätigkeit eines Herrn Ludendorff, eines Herrn Schacht oder Moldenhauer denke, denen niemand die ungeheuren Pensionen streitig zu machen wagt, dann muss ich auf den Ansprüchen derer bestehen, die für die Staats-erhaltung mehr hingegeben haben, als irgend ein anderer. Ich bitte darum um Annahme unserer Abänderungsanträge. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Passehl - Pommern (Soz)

begründet Verbesserungsanträge zum Verfahrensgesetz, das tief eingreift in das bestehende Verfahren. Die Beschwichtigungsworte der Regierung im Ausschuss haben Beruhigung nicht geschaffen. Man will die Rechtssprechung grossenteils der Verwaltung überantworten. Die Mitwirkung der Kriegsoffer selbst im Spruch-verfahren ist seit 1919 Zug um Zug abgebaut worden, besonders auch 1923 - 1924. Die Einschränkung der Rekurse soll der Verstopfung beim Reichsversorgungsge-richt abhelfen; man hat versäumt, dieses Gericht rechtzeitig zur Bewältigung seiner Aufgaben zu befähigen. Nach dieser Neuregelung wird das Reichsversorgungsgericht in etwa 1½ Jahren nichts mehr zu tun haben. Der Protest der Kriegsoffer hat nur bei unserer und der Kommunistischen Fraktion ein Echo ge-funden. Jetzt will man 12.000 Rekurse in diesem Jahr, 13.000 im nächsten Jahr beseitigen. Wir beantragen, u.a. Anwendung des Verfahrens der Reichsversiche-rungsordnung, Ablehnung der Rekursstreichung und genügende Besetzung der Ver-sorgungsgerichte. Bei den Erwartungen, die in Entschliessungen des Ausschus-ses enthalten sind, ist kaum auf Erfolg zu rechnen. Plant die Regierung, in das Ausgabenenkungsgesetz all' diese Verschlechterungen schon aufzunehmen? Wir protestieren gegen ein solches Ausnahmegesetz wider die wohl erworbenen Rechte der Kriegsbeschädigten; einer Verschlechterung ihrer Lage stimmen wir unter keinen Umständen zu. (Lebh. Beifall der Soz.)

In namentlicher Abstimmung wird der sozialdemokratische Antrag auf Ver-besserung der Elternbeihilfe mit 246 Stimmen gegen 190 der Sozialdemokraten und der Kommunisten abgelehnt. (Pfeil-Rufe links) Ein Antrag der Sozialdemo-kraten, auch bei Einführung der 10jährigen Ausschlussfrist noch Rentenansprüche der mit 40 und mehr Prozent Erwerbsbeschränkung behafteten Kriegsbeschädig-ten zuzulassen, wird in namentlicher Abstimmung mit 247 gegen 190 Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten abgelehnt. Das Gesetz wird in der Aus-schussfassung gegen die Linke angenommen, ebenso das Altrentnergesetz und das Verfahrensgesetz.

Der Einspruch des Reichsrats gegen die Änderung des Reichspostfinanz-gesetzes wird einstimmig zurückgewiesen.

Um 18¼ Uhr vertagt sich das Haus auf 19 Uhr. Die Tagesordnung von 19 Staatsverträgen mit ausländischen Staaten wird bei ihrer Aufzählung durch den Vicepräsidenten Esser mit lebhaften Zwischenrufen und steigender Unruhe ent-gegengenommen.

In der Abendsitzung fragt

Abg. Münzenberg (Kom) die Regierung, zum Handelsvertrag mit Finnland, ob sie Mitteilungen machen wolle über die Tätigkeit einer privaten Einfuhr-gesellschaft, von der in eingeweihten Kreisen viel geredet werde. Mit welcher finni-Regierung wird dieser Vertrag abgeschlossen? Die damalige finnische Regierung ist durch Faschistenputsch gestürzt, aber wer jetzt in Finnland regiert, weiss man nicht. Freilich, von Preussen weiss man das auch nicht. Braun, glaubt zu regieren, aber Hindenburg zeigt, dass nicht Braun regiert, sondern eine Mischung von Stahlhelm und Bischofsstab oder Hakenkreuz. Wie in Finnland sitzen auch neben der deutschen Regierung faschistische Kontrolleure. - Zur Bemäntelung der Mitschuld kommunistischer Provokationen an dem Ausbruch des Faschismus in Finnland trägt der Redner eine "ökonomisch-historische" Dar-stellung der Verhältnisse in Finnland vor; England faschisierte nach Jugosla-vien und Polen auch Finnland zum Kampf gegen die Sowjet-Union.

Abg. Tony Sender (Soz.):

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist in all den Jahren seit dem Wiederaufbau des handelspolitischen Systems in Deutschland bestrebt gewesen, wie in der allgemeinen Aussenpolitik, so auch in der Wirtschaftspolitik, die friedlichen Beziehungen zu allen Völkern und den Gütteraustausch mit ihnen zu fördern. Dieselben Grundsätze, die für sie in der Aussenpolitik leitend waren, galten und gelten für sie auch beim Abschluss von Handelsverträgen mit anderen Staaten. Wenn die Sozialdemokratische Fraktion bisher, von diesen Gesichtspunkten geleitet, ihre Zustimmung zu den Handelsverträgen gab, so sieht sie sich in Wahrung dieser gleichen Grundsätze genötigt, dem Zusatzabkommen mit Finnland ihre Zustimmung zu versagen.

Damit schliesst die Debatte. Sämtliche Vorlagen werden angenommen, der Vertrag mit Finnland gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten. Angenommen wird ferner eine Ausschussentschliessung über einen Antrag Graf Westarp (Dnat), die Regierung möge sich für Beseitigung der noch bestehenden Einschränkungen der deutschen Luftfahrt einsetzen.

Das Haus vertagt sich gegen 20 Uhr auf Freitag, 10 Uhr. - Abg. Dittmann (Soz.) verlangt auf Grund der Geschäftsordnung, dass die Aufhebungsanträge gegen die Steuerverordnungen nach Art. 48 als erster Punkt auf die Tagesordnung des Reichstags gestellt werden. Dies wird gegen die Rechte beschlossen. Die Misstrauensanträge werden anschliessend erledigt werden. Danach - auf Antrag Schultz-Bromberg (Dnat) - der neue Amnestieantrag und ein Amnestieantrag der Kommunisten, dann Fortsetzung der Etatberatung, Kranken- und Arbeitslosenversicherung, dritte Lesung des Versorgungsgesetzes, sozialdemokratischer und kommunistischer Pensionskürzungsantrag, Westhilfe usw.